

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 4,50 Mark pro Quartal.
 Abonnement in der Post: Zeitungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7192.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Verles-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.
 Anzeigenpreis: Amt I, Nr. 1503,
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 4. Oktober 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Diplomatenpolitik und Arbeiterpolitik.

In einem Artikel über „Weltpolitik“ führten wir vor wenigen Monaten aus, wie die diplomatische Kunstpolitik, jeder schöpferischen Kraft bar, nichts Positives zu leisten vermöge, wie das Wort Weltpolitik im Munde der kleingeistigen Kunstpolitiker, die nicht über ihre Nase hinaussehen können, ein wahrer Hohn sei, und wie es nur eine Partei jetzt gebe, die eine Weltpolitik hatte: die internationale völkervereinende und revolutionäre Socialdemokratie. Das „revolutionär“ haben wir ausdrücklich hinzugesetzt, weil die „Bosnische Zeitung“ neulich behauptete, die deutsche Socialdemokratie habe für ihre revolutionären Jugendsünden gerühmt Ruhe gekostet in Sad und Asche und freiwillig das Wörtchen: revolutionär abgelegt. Ach! die gute Tante Voh muß wieder einmal geschlafen haben, was ihr so oft passiert, sonst hätte sie gewußt, daß die liebe staatsrettende Polizei das Hoch auf die revolutionäre Socialdemokratie als groben Unfug betrachtet und mit Haft oder Gefängnis bestraft.

Doch „revolutionär“ hin, „revolutionär“ her: Thatsache ist, daß die Weltpolitik der Herren Kunstpolitiker die gemeinste Raubpolitik ist (siehe China und Afrika) und daß, wo sie einmal, wie bei der Haager Konferenz, vor den Augen der Welt sich ein höheres Kulturziel steckt, das lächerlichste Fiasko die Folge ist und der Widerspruch zwischen Worten und Thaten so kraß hervortritt, daß auch der Stärkste, der nicht mit beiden Füßen „jenseits von Gut und Böe“ steht, nur Ekel empfinden kann.

Was aber von der Weltpolitik gilt, das gilt auch von der Politik im allgemeinen. Wohin wir schauen: unter den Kunstpolitikern ein wahres Archivum Weltrennen des Unverständes und der Unfähigkeit. In Spanien Wirnis über Wirnis; in Italien Auflösung des Rechts und Herrschaft der brutalsten Gewalt; in Rußland Anarchie und Vorbereitung zum Bürgerkrieg (in Simland etc.) mit obligater Hungerpest; in Oesterreich Anarchie und allgemeine Auflösung; in Deutschland Anarchie, so daß niemand weiß, wer Koch, Kellner und — Kanzler ist. Oder weiß es jemand? Herr Miquel weiß es nicht, bei dem Lukasius sich eingestellt hat, Herr v. Hohenlohe weiß es nicht — und die sollten es doch am besten wissen.

Nun, man braucht sich die Kunstpolitiker bloß anzusehen und die Werkstätte, in der sie ihre „Politik“ machen, und die Gesellschaftsschichten, aus denen sie kommen — da wundert man sich nicht über das Fiasko und die Anarchie. Wir im Deutschen Reich, das so herrlich alles erfüllt hat, was die Besten der Nation jahrhundertlang geträumt und erstrebt — wir hatten einen Einblick in die Werkstätte, als vor dritthalb Jahren der Ledert-Lausch-Prozess uns die hermetisch schließenden Thüren öffnete und die intimsten Geheimnisse vor uns ausbreitete. Da entfaltete sich uns das verschleierte Bild von Eis — ohne Feigenblatt stand die Regierungs-Politik vor uns und wir sahen, wie Deutschland regiert wird. Und jetzt wieder die Raybalgereien zwischen der Hohenlohe- und Miquel-Presse, die Jedligerei und die Hintertreppen-Staatsaktionen, wie sie einst in der alten Türkei am Goldenen Horn und im alten Frankreich, am Hofe der Pompadour, gespielt haben und uns als Kindern in der Schule erzählt wurden, damit Stolz uns erfülle auf unser deutsches Vaterland, in dem solche türkisch-bourbonische Wirtschaft nicht möglich.

Und die Gesellschaftsschichten, aus denen unsere Kunstpolitiker genommen werden, oder richtiger hervorgehen, denn bei der Geburt bringen sie schon Offiziers-Epauletten, Landratsuniform, Ministerfrack mit auf die Welt — jetzt haben wir treffliche Gelegenheit, in das Herz dieser Gesellschaftsschichten, die in Deutschland das Monopol des Regierens haben, hineinzuschauen. Da sitzen sie auf der Anklagebank die Bräutereiemplare des Klubs der Harmlosen. Hat der Prozess Ledert-Lausch uns gezeigt, wie in Deutschland regiert wird, so zeigt uns der Prozess der „Harmlosen“, wie es um die Gesellschaftsschichten bestellt ist, die für sich das ausschließliche Recht beanspruchen, uns zu regieren, und die dieses Recht auch bisher ausgeübt haben und heute noch ausüben.

Da kann es niemanden wundern, daß in Deutschland so regiert wird — wie regiert wird, und daß auch die geduldigsten Staatsbürger sich Tag für Tag an das Wort von Drenstierna über die Kunstpolitiker und privilegierten Weltregierer erinnern fühlen.

In dem benachbarten stammverwandten Oesterreich hat es der Zufall gefügt, daß die socialdemokratische Politik dieser Tage der Kunstpolitik ins Gehege kam und sich vor ein Problem gestellt fand, an welchem die Kunstpolitik seit Jahrzehnten sich die Zähne ausbeißt, ohne auch nur den geringsten Fortschritt zur Lösung gemacht zu haben. Es handelt sich um das Nationalitäten-Problem. Die Kunstpolitik hat die Lehre erfinden, daß jede sogenannte „Nation“ sich gegenüber anderen Nationen abgrenzen, abgrenzen und abschließen müsse; sie hat die Lehre erfinden, daß eine Nation gegen die andere gehen werden müsse, damit leichter und bequemer über alle regiert werden kann. In Oesterreich, wo 1848 und 1849

vermittelt der Nationalitäten-Verhehung die Monarchie und Dynastie „gerettet“ ward, ist seit Jahrzehnten die Remesis an der Arbeit. Die Nationalitätenhege rächt sich. Slaven, Ungarn, Deutsche — alle wollen herrschen, alle bekämpfen die Herrschaft der andern. So lange Oesterreich im Deutschen Bund war und an das große deutsche Volk sich anlehnte, waren die Deutschen Oesterreichs die herrschende Nation in Oesterreich, war die deutsche Sprache in Oesterreich die herrschende Sprache. Der Sieg der preussisch-deutschen Nationalpolitik im Jahre 1866 hat der österreichisch-deutschen Nationalpolitik das Grab gegraben. Mit der Vorherrschaft der Deutschen ist es in Oesterreich vorbei und Oesterreich ist die zweite europäische Türkei geworden. Die Kunstpolitiker entdecken und versuchen alle paar Jahre eine neue Politik — aber je mehr die Politik wechselt, desto mehr ist sie dieselbe Politik — immer dieselbe blöde Politik der Herrschaft, des Zwanges, der Gewalt. Ein Chaos ringender Kräfte, jede mit verschiedenem Ziel, jede vom Mittelpunkt abstrebbend — der Zerfall unvermeidlich, wenn nicht ein gemeinsames Band bald geschlossen wird.

Vorige Woche tagte nun in Brünn das Parlament der österreichischen Arbeiter. Auch sie hatten sich mit der Nationalitätenfrage zu beschäftigen, weil die Arbeiterbewegung eine einheitliche sein muß, will sie nicht von vornherein auf den Sieg und die Zukunft verzichten. Es war das Ei des Columbus. Schwere, ja unlösbare Aufgabe nur dann, wenn man das Natürliche, Selbstverständliche nicht will.

Schon vor dreißig Jahren sagten wir von Oesterreich: die Nationalitätenfrage ist nur durch Freiheit zu lösen — Oesterreich muß eine große Eidgenossenschaft werden, oder es geht zu Grunde.

Wohlan, mit dem Beispiele der Schweiz vor sich, deren verschiedenartige, außerhalb der Schweiz einander oft feindliche Nationalitäten hier in friedlicher Harmonie zusammenleben und zusammenarbeiten, ersahen die österreichischen Arbeiter — Tschechen, Polen, Deutsche u. a. — daß nur in der Herrschaft das Hindernis der Einigung lag, und sie erklärten sich einstimmig für die absolute Freiheit und Gleichheit aller Nationalitäten und für die unbeschränkte Autonomie der einzelnen Teile. Denn dies ist notwendig, wo die einzelnen Nationalitäten nicht dicht beisammen wohnen, von den andern abgetrennt, sondern wo sie durcheinander gemengt sind, wie z. B. in Böhmen.

Sobald die Herrschaft aufhört mit ihrem gewaltigen Unterordnen der einen unter die anderen, hört auch der Gegensatz auf und mit dem Gegensatz der Nationen auch der Nationalhaß und die National-eifersucht, dieses schändliche Erbe der Kunstpolitik.

Die österreichischen Arbeiter, welche die richtige und einzig mögliche Lösung der Nationalitätenfrage gefunden haben, nennen sich zwar keine Staatsmänner, aber sie haben tausendmal mehr staatsmännischen Geist und sind tausendmal bessere Politiker, als unsere Kunstpolitiker.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 3. Oktober.

Die Offizialverteidiger Miquels

mühen sich mit weit mehr Eifer als Geschick ab, den Minister der Sammlung zu verteidigen. Wenn nicht die Angriffe Herrn Miquel am Leben erhalten, seine Verteidiger würden ihn undarmherzig vernichten. Die Schweinburgischen „Berliner Polit. Nachrichten“, die auch von Herrn v. Jedlig inspiriert werden, beginnen heute eine Auslassung mit den vielversprechenden Worten:

„Wir haben uns bisher um den plausiblen und wohlorganisierten Vorkämpfer der Centrums- wie der radikalen Blätter gegen den Finanzminister nicht gekümmert, weil wir uns in dieses Gewebe von Verwicklungen, Erfindungen und Verdächtigungen aller Art nicht einmischen wollten, auch von vornherein keinen Zweifel hatten, daß diese Verbindung der heterogensten Elemente schließlich nur zur Aufklärung der wahren Motive dienen würde. Wir möchten doch aber jetzt eine Bewertung machen.“

Was aber folgt nach dieser hochtrabenden Einleitung? Etwa eine Verteidigung Miquels gegen den Vorwurf, daß er um die kanalfeindliche Agitation seines Jedlig gewußt, vielleicht sogar sie begünstigt habe? Nichts dergleichen. Wir hören nur eine Reihe von Beschuldigungen des Centrums, dem vorgeworfen wird, es trage die Schuld an dem Scheitern der Kanalvorlage.

Es ist sehr amüsant, wie jetzt nacheinander von den Miqueliden das Centrum, die Liberalen, die Freisinnigen als die Schuldigen der Kanalablehnung bezeichnet werden, es fehlt nur noch, daß man hinzusetzt, der Kanal sei trotz der Versicherung durch die Konservativen an dem Widerpruch der mit dem Centrum verbündeten Liberalen und Freisinnigen gescheitert. Es scheint, als ob die Offizialen Miquels auf ein Publikum von Verrückten rechnen.

Wem insbesondere das Centrum für die Ablehnung der Teilstrecke, des Dortmund-Rheinkanals, verantwortlich gemacht wird, so widerspricht dies den offenkundigsten Thatsachen. Es war niemand anders als der Finanzminister Miquel, der in der dritten Lesung auch die Teilstrecke und damit den ganzen Entwurf zu Falle brachte. Miquel erklärte nämlich, ganz am Schlusse, die Regierung denke nicht daran, den Dortmund-

Rhein-Kanal, dessen Bewilligung besonders das Centrum eifrig befürwortete, zu bauen, ehe nicht der ganze Kanal angenommen sei. Nach dieser Erklärung war es sinnlos, für die Teilstrecke allein zu stimmen, da sie ja doch nicht gebaut werden würde.

Miquels Freunde werden also ihrem Meister nicht gerecht, wenn sie ihm das Verdienst streitig machen wollen, daß er und er allein durch seine wohlüberlegte Taktik für die Befestigung des ganzen Kanals gesorgt hat.

Wenn sich der Kaiser, der am Freitag von seiner Jagd-reise zurückkehren soll, über den Fall Jedlig Bericht erstatten läßt, so dürfte auch diese Jedligsche Taktik des Finanzministers mit Recht ein Blättchen in dem Bericht finden. Hoffen wir, daß die Angriffe der radikalen Presse auf den ministeriellen Vertrauensmann der Agrarier Miquel vor dem Lukasius bewahren. Wir vermöchten diesen Sammelpolitiker selbst dann nicht zu rühmen, wenn wir ihn durch unser Lob zu stürzen vermöchten. Das hindert aber nicht, daß wir doch dankbar anerkennen, wie durch seine kunstvolle Zweideutigkeit statt der erstrebten Sammlung eine heillose Zerrüttung bewirkt worden ist. Ein bißchen ist Miquel doch der Aufwiegler seiner Jugend geblieben!

Der Lieberische Sammelruf und das badische Centrum.

Aus Baden wird uns, in Ergänzung unserer Mitteilung in der Sonntagnummer geschrieben: Der Sammelruf, den der Centrumsführer Lieber auf dem Mainzer Katholikentag an die National-liberalen ergehen ließ zur gemeinsamen Bekämpfung der Socialdemokratie, hat die badischen Ultramontanen im gegenwärtigen Wahlkampf in eine sehr heisse Situation gebracht. Eben war auf der ganzen Linie der Centrumsruppen der Kampf gegen den national-liberalen Erbsinn entbrannt und als Schlauchrohr die Lösung ausgegeben: „Unter allen Umständen nieder mit der National-liberalen, selbst wenn dabei ein Socialdemokrat unterstützt werden müßte!“ Eben hatte die Centrumspresse ihr schweres Geschütz aufgeführt, um den bösen badischen Kullerlämpfern alle ihre Sünden vorzuhalten, die sie sich während ihrer jahrzehntelangen Parlamentarierherrschaft auf Gewissen geladen: da ertönte von Mainz her die Lieberische Chamade, den ganzen strategischen Aufmarsch des badischen Centrumsföhreleins über den Haufen werfend und schreckliche Verwirrung in die eigenen Reihen tragend. Wie sollte man auch mit Begeisterung den Kampf gegen einen Feind weiterführen, dem von der obersten Heeresleitung über die Köpfe der Soldaten hinweg, die Hand zur Verjüngung gereicht, dem sogar offen die Waffenbrüderschaft angeboten worden? Das war eine gefährliche Situation, aus der es nur eine Rettung gab: die Gehorsamsverweigerung nach oben, die offene Meuterei! Stolz warfen sich die Führer des badischen Centrumsfontingens in die Brust und kündigten dem nordischen Häuptling die Gefolgschaft, die sie bisher schon nur mit Widerwillen geleistet. Man bedeutete dem Berliner Oberbefehlshaber, daß er von den politischen Verhältnissen in Baden nichts verstehe und daß sein Sammelruf deshalb dort ohne jede Wirkung bleiben müsse. Die kleineren Centrumsblätter spielten die Rolle der Anführer bei dieser Meuterei, und nach wenigen Tagen hatte auch das Hauptorgan der badischen Liberalen, der in Karlsruhe erscheinende „Badische Beobachter“, den Mut zu folgender Abgabe an die Lieberische Heeresleitung gefunden:

„Es existiert, wie schon wiederholt dargelegt worden ist, für die Centrumpartei keine „Hauptleitung“, die Weisungen zu erteilen hat. Vor der Hand befragen wir unsere Geschäfte selbst und zwar nach Maßgabe der Verhältnisse in Baden, die wir aus eigener Kenntnis am besten zu beurteilen in der Lage sind. Wir sind zur Zeit noch nicht in der Lage und auch nicht willens, die Wahlgeschäfte des Nationalliberalismus zu besorgen und erbliden im Gegenteil unsere Hauptaufgabe darin, unseren ge-schworbenen Feinden mit allen erlaubten Mitteln nach Kräften Abbruch zu thun. Dabei wird es bleiben, trotz aller Lamentationen der nationalliberalen Presse.“

Damit war die Ordnung in den Schlauchtreifen des badischen Ultramontanismus notdürftig wiederhergestellt, wenn man sich auch nicht verhehlen konnte, daß mit den Lieberischen Auslassungen dem nationalliberalen Feinde eine Waffe in die Hand gegeben war, von der er im gegenwärtig tobenden Wahlkampf einen für das Centrum recht unangenehmen Gebrauch machen kann. In eher ganzen Reihe von Wahlkreisen ist das Centrum auf die Unterstützung der ausschlaggebenden Socialdemokratie angewiesen, die ihm dort auch ohne die Bedingung einer Gegenleistung zu teil wird. Die Befehdung unserer Partei nach Lieberischen Rezept würde für die badischen Ultramontanen also einen Schnitt ins eigene Fleisch bedeuten, während die Socialdemokratie ihrerseits dabei nicht das geringste zu riskieren hätte. Das hat man in den führenden Centrumskreisen Badens wohl begriffen, und daher jene entschiedene Stellungnahme gegen die von Lieber empfohlene Taktik. Der schlaue Häuptling des preussischen Centrums hat sich hier als ein Taktiker von sehr zweifelhafter Qualität erwiesen, und der Miß, der durch seine Mainzer Rede zwischen ihm und den mehr demokratischen Elementen des süddeutschen Liberalismus herbeigeführt wurde, wird nicht so leicht zu überwinden sein. Auch hier wird sich wieder zeigen, daß das deutsche Centrum schwere innere Gefahren heauf beschwört, sobald es, den staatsmännischen Anwendungen seiner derzeitigen Führung allzusehr nachgebend, den Boden der vollständigen Opposition verläßt und seinen Ehrgeiz darin sucht, bei jeder Gelegenheit nach oben hin sich als zuverlässigste Stütze gegen den socialistischen „Ansturz“ in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Die Krise in Südafrika.

Die englischen Kriegsvorbereitungen in Südafrika sind keineswegs dallenbet, so daß Transvaal ebenso viel Interesse daran hat, die Feindseligkeiten bald zu eröffnen, als England sich bemüht, den Beginn des Krieges hinauszuzögern. Eine Antwort Transvaals auf die letzte englische Note ist noch immer nicht erfolgt und soll offenbar überhaupt nicht er-

folgen; alle Verbindungsleitungen sollen abgeschnitten worden sein.

Immer neue Jüge von Boeren gehen zur Grenze ab, wo eine ansehnliche Kriegsmacht versammelt ist. Die Boeren sind von patriotischer Begeisterung erfüllt und hoffen zuversichtlich, den Engländern schwere Schläge zu schlagen.

Intervention der Mächte? Aus Paris meldet das Herald-Bureau: In diplomatischen Kreisen verläutet, daß zwischen den Königen Rußlands, Deutschlands und Frankreichs augenblicklich Unterhandlungen über den süd-afrikanischen Krieg im Gange seien. Sobald die Feindseligkeiten begonnen und die Boeren ihren ersten Siegerungen hätten, würden die Mächte England ihre Vermittlung aufdrängen.

Deutsches Reich.

Zur Zuchtandvorlage brauchen die Nationalliberalen allerlei Tränkelein zusammen, die sich schmecken aber nicht bestowenigen die Koalitionsfreiheit versüßen sollen.

Nach der Meldung eines heftigen Mattes sollte der Kern der nationalliberalen Anträge darin bestehen, daß bestimmt bezeichnete Ausfertigungen, die bisher nur nach dem Strafgesetzbuch als Verleumdung, Körperverletzung oder Sachbeschädigung strafbar waren, nach der Gewerbe-Ordnung als Rädigung strafbar erklärt werden sollen. Diese Ausfertigungen sollen nach dem genannten Blatte von der härteren Strafe für Rädigungsvorgehen befreit werden, und bei ihnen soll auch der Versuch mit der vollbrachten That gleichgestellt sein.

Die „National-Zeitung“ nennt diese Meldung „unzutreffend“, ein vorsichtig gewählter Ausdruck, der mehr die Nichtigkeit als die Unrichtigkeit jener Angaben bekräftigt. Der Trank scheint nur noch nicht fertig zu sein.

Der arme Nordorf. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ erklären, daß die sehr seltenen Weidchen, die Herr v. Nordorf bei uns veröffentlicht hat, sämtlich seine Namensunterschiede tragen und daß er eine Honorierung dafür selbstverständlich wieder beantragt noch bezogen hat.

Das selbstverständliche wird wohl aus der Qualität der gelesenen Beiträge gefolgert. Jedenfalls ist — bei solchen Zahlungsbedingungen — das Monatsblatt sicher vor der Gefahr, von Herrn v. Reddy mit Zeitartikeln und Entschleisern bedient zu werden.

Ueber konservative Intrigen schreibt die „Germania“: Nachdem die Konservativen und der Bund der Landwirte mit Herrn v. Miquel ihren Separatfrieden geschlossen haben, in dem sie nicht anders als eine Unterwerfung der preussischen Regierung unter den Willen der Fronde erblicken, glauben sie wieder vollständig und allein die Herren der Situation zu sein. Die Fabel einer Intrigue gegen Herrn v. Miquel wurde zu dem sehr durchsichtigen Zweck erfunden, den in Berlin W — näher bestimmt in den Redaktionsräumen der „Kreuz-Zeitung“ — abgeschlossenen Separatfrieden zu verfluchen. Wir finden es erklärlich, daß die „Kreuz-Zeitung“ Scheu trägt, zur Aufklärung dieses Intrigen- und Wissensspiels beizutragen, weil sie keinen Einblick in ein abgeschlossenes Spiel gewähren lassen will. Etwas deutlicher schon hat sich die „Deutsche Tageszeitung“ ausgesprochen, wenn sie ihre runde Abgabe an Herrn v. Miquel mit dem Schlusssatz: „getraut haben wir ihm niemals“, nimmte auf. Die positive Mitteilung eines Namens, der unterrichtet sei mußte“, zurückführt. Wie leicht wäre es doch den Blättern, durch Mitteilung des Namens des Mannes, durch den sie „missifiziert“ sein wollen, die angebliche Intrigue selbst oder wenigstens den Versuch einer solchen zu enthüllen!

Besteuerung der Warenhäuser. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ teilen mit:

Bei der Erörterung der Verhältnisse des Detailhandels wurde auf der letzten Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik die Frage der Besteuerung der Warenhäuser gestreift, es stellte sich aber auch hier heraus, daß darüber unter den Socialpolitikern recht verschiedene Ansichten herrschen. Die Regierung verfolgt, wie wir hören, den Gedanken einer solchen Besteuerung nach wie vor. Die Arbeiten an einem dementsprechenden Gesetzentwurf werden fortgesetzt, und man hofft bald zu einer Lösung der Frage zu gelangen. Jedenfalls werden auch die Parallelen schon bald in die Lage gebracht werden, ihre Ansichten über die Besteuerung darzutun und ihr Votum über einen Gesetzentwurf abzugeben.

Das verhäßteste Proletariat. Die „Kreuz-Zeitung“ fordert in einem herzbewegenden Artikel die Regierung auf, es nun endlich mit der Verschärfung des Proletariats genug sein zu lassen und an den Schanz der Arbeiter zu denken. Die Socialreform unter Wilhelm I. sei ja ein großartiges und notwendiges Werk gewesen. Man habe es ohne Nebengedanken unternommen, allerdings auch hier und da die Hoffnung geholt. Gerade der Teil der Bevölkerung, dem die neue Gesetzgebung zu gute kam, erfreuliche Daseinsbedingungen für Gegenwart und Zukunft bereite, werde sich enger als früher dem Staat anschließen und sich von den Verlockungen derer loslösen, die ihm noch nie etwas anderes als trügerische Verheißungen gewährt hatten. Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Bis zur Stunde sind die unerfüllbaren Versprechungen jener Demagogen, die nach den von ihnen losend ausgebreiteten Fellen wie — in der Mehrzahl — nach ihrer persönlichen Verheißung als „Organisatoren der Arbeitssachen“ gelten dürfen, für die Menge der Arbeiter reißvoller gewesen als die greifbaren Verbesserungen, die die bürgerliche Gesellschaft durch ihr vornehmstes Organ in der bestehenden Staatsordnung bot.

Aber nicht nur die „Organisatoren der Arbeitssachen“ sind echte Kinder der Schanzmacher, sondern auch das folgende:

Nach Hunderttausenden zählen die Alters- und Jubiläumrentner, die bloß daran zu denken brauchen, daß sie ohne die Socialgesetzgebung Almsosenempfänger wären, um dankbar den großen Fortschritt zu preisen, der ihnen zu teil geworden. Die Krankenversicherung hat eine Organisation gefunden, die allen billigen Anforderungen entspricht und beinahe schon einen Kurcuz zum Mißbrauch enthält.

Damit ist das vorher Versäumte reichlich eingeholt. Haben Staat und Gesellschaft ihre Verpflichtung voll erfüllt.

Doch dies geschah, freut die nicht am wenigsten, auf deren Kosten es sich vollzieht.

Doch damit ist auch der Zeitpunkt gekommen, wo man der Heberzeugung warren und die Bewegung auf einer Wahn aufhalten muß, deren Befreiung notwendig und heilsam gewesen, die aber zu weit verfolgt, in Verzerrung zu führen, eine völlige Verkehrung der natürlichen Verhältnisse zu etablieren und die nötigen Mängel durch andere, nicht minder schwere Mängel zu ersetzen droht.

Auch moralische und materielle Rechte des Arbeitgebers haben Anspruch auf staatlichen Schutz. Daß die Lebensführung der Arbeiter sich erhöhen konnte, freut niemanden mehr als den Arbeitgeber, der große Opferwilligkeit in diesen Fragen bewährt hat. Doch soll man nicht übertreiben und nicht den Arbeitgeber mutwillig in eine bedrängte Lage bringen, die ihn verhindert, seiner der Aufgabe sich zu widmen, ohne deren Erfüllung Staat und Gesellschaft nicht bestehen, geschweige denn blühen können.

Dem Arbeiter werde sein Recht ohne jede Rührung und Vermittlung. Doch auch dem Arbeitgeber muß es werden. Dem Arbeiter werde von Staats wegen als dem wirtschaftlich Schwächeren jeder Schutz. Aber Verschärfung ist vom Uebel, denn sie führt zur Verkennung der Wohlfahrt des Rechts, reißt zur Ver-

gehrlichkeit, fäct Unzufriedenheit und wirbt Rekruten für die Partei, die den Namen der Umsturzpartei nicht abweisen kann, weil ihre Programmgrundzüge und Programmforderungen Unmöglichkeit sind.

Man könnte meinen, daß in der Zeit der Socialreformation, des Positivismus und der Zuchtandvorlage nur ein Wahnwunder derlei Zeug zu schreiben vermöchte. Aber die Sache erklärt sich anders. Der arme Teufel, der für Krapp journalistische Schandware zu liefern hatte, machte sich, ein Organisator der Arbeitssachen, die mühsame und elbaste Aufgabe leicht, und schrieb einfach einen alten Artikel aus der Zeit der Februarrevolte von 1800 ab, als die aufgeregten Fabrikherren fürchteten, es könne mit einer wirklichen Socialreform eingeseht werden. Jetzt, da jene Reformbegeisterung längst verfliegen, wußt sich die Regierung nun die fast zehn Jahre abgelagerte Warnung gefallen lassen, sie beabsichtige die Arbeiter zu verschärfen, anstatt die bedrängten Arbeitgeber zu schützen, die ihre heisse Liebe für die Socialgesetzgebung Wilhelms I. dadurch bezeugen, daß sie sie unablässig — überlesen —

Die Frommen und die Darnlosen. Der Reichshof widmet dem Darnlosen-Prozess die folgenden erschreckten Zeilen:

„Vielleicht erachtet doch mancher noch, wenn er in diesen Spiegel blickt und darin sein eigenes Bild erkennt. Was ist das für eine Jugend! Mit Spiel, Weibern und Pferden vergebend sie ihre Zeit, ihr Geld und, was mehr ist, ihre Sittlichkeit, ihr Gewissen — und bestrebt sich dabei noch mit gewissen Ehrbegriffen. Wo ist da noch Platz für edles Thun, für Fortbildung, für ernste wissenschaftliche Arbeit? — Und nun denke man sich, daß solche Leute vielleicht einmal hohe Beamten werden, die im Auftrage des Staates für Sittlichkeit, Religion und Ordnung eintreten sollen! Wie kam das dann mit wirtlichen, sittlichen Ernst geschehen und muß es nicht das Gegentheil bewirken, wenn dahinter ein böses Gewissen steht, welches dann überall durchblickt und vom Volke empfunden wird? Und was sind das für Eltern, die ihren leichtsinnigen Söhnen das Geld schneffelweise in den Schoß werfen zur Weiterführung ihres lüderlichen Lebens! Was sollen da so arme Leute denken, die in harter Arbeit nicht einmal so viel verdienen können, womit sie ihre Familien kümmerlich zu ernähren vermögen, wenn sie hier leben und hören, wie von solchen jungen Leuten Zehntausende für Spiel, Plaisirs und süßes Leben weggegeben werden! So „harmlos“, wie diese Leute denken, ist dieses frivolste Spiel in unserer Zeit nicht und ihr herausforderndes Vernehmen vor Gericht, aus dem man überall herandöhrt: „Was geht das Euch eigentlich an, was wir mit unserer Zeit und unserem Gelde anfangen“, macht den Eindruck nur um so widerwärtiger.“

Eine ganz nette Kennzeichnung, die nur der Aufmerksamkeit bedarf, daß der Kampf für Sittlichkeit, Religion und Ordnung, so wie er geführt wird, gar nicht möglich wäre ohne solche Staatsverräter!

Ein Wink für Miquelsche Kanalfeinde. Dasselbe Wahlmänner-Kollegium, welches den Kanalgegner Landrat v. Haffelbach gewählt hatte, hat jetzt bei der Erjagwahl in Reicholdensleben, Bismarck einstimmig beschlossen, einen launischfreundlichen Abgeordneten zu wählen.

Schmollers Stümpung.

Auf der Breslauer Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik hatte Professor Schmoller, wie schon erwähnt, in seiner Ansprache etwa folgendes ausgesprochen:

Aber ich muß gestehen, so sehr ich auch die Fortschritte der Arbeiterbewegung im Interesse der Bildung, Gesundheitspflege und Kultur überhaup. Ich sehe nicht an, es anzuspochen, daß ich für die meisten socialdemokratischen Führer eine große persönliche Hochachtung habe. Ich halte es für verkehrt, daß man deshalb eine Partei verurteilt, weil sie Pläne aufstellt, die doch niemals erfüllt werden können. Der Wind für Socialreform ist augenblicklich kein günstiger, er ist auch jetzt unserer letzten Generalversammlung in Köln nicht besser geworden. Ich bedauere, daß man die Gesetzgebung zu ändern beabsichtigt, um das Koalitionsrecht zu beschränken. Ein Teil der Unternehmerpresse will jede Arbeiterbewegung unterdrücken, sie wünscht eine Rückkehr zum Socialstagnacy. Diese Presse hält jeden Arbeiterverein für einen socialdemokratischen und bekämpft jede Socialreform, da diese doch bloß der Socialdemokratie Vorwand leiste. Ja, man will nicht früher mit den Arbeitern unterhandeln, als diese ihre Prinzipien und ihre Führer abgeschworen haben. Das ist ein Verlangen, das nicht zu erfüllen ist. Sollte diese Anschauung zur Herrschaft werden, dann haben wir eine Kapitalistenherrschaft, die ich für viel gefährlicher halte, als die Gefahr, die dem Vaterlande durch den socialen Umsturz droht. Ich halte die Konarchie für die beste, die alle Umsturzbestrebungen mit aller Macht niederhält, aber alle socialen Reformen einführt, die vernunftgemäß sind und der Gerechtigkeit und Menschlichkeit entsprechen. Sollten die Anschauungen der Kapitalistenpresse maßgebend werden, dann sehe ich darin eine große Gefahr für unsere Monarchie, unser Vaterland, ja, für unsere ganze Kultur, ja, denn drückt unsere preussische Monarchie mit ihren Traditionen, dann wird aus dem König der Schwachen und Armen ein König der Reichen. Ich habe jedoch die Ueberzeugung, daß unsere Regierung den Weg der socialen Reform auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Arbeitgebern gehen wird. Wir werden trotz aller Anfeindungen als unparteiische Dritte nicht aufhören, dafür zu wirken, daß unsere socialreformatorischen Vorschläge Beachtung finden, daß der sociale Kampf in friedlichen Bahnen bleibe, und daß an den Grundfragen festgehalten wird, die von unserer Regierung von 1881 bis 1891 befolgt wurden.“

Diese sanften Verheerungen eines monarchischen Socialreformers, der es nicht gerade als die dringendste Aufgabe der Wissenschaft ansieht, die Träger der Wahrheit zu beschimpfen, haben in der Industriepresse einen Proteststurm entfesselt. Die „Kölnische Zeitung“, das führende Blatt für die Kreise von Bildung und Verstand, schreibt im Stil der sonst von ihr so tief verachteten „Post“:

„Unsern Grachten bewiesen diese Ausführungen des bekannnten Volkswirtschaftslehrers aus neue, wie recht wir haben, daß wir seit Jahren den unheiligen Einfluss nachdrücklich bekämpfen, den er auf seine einseitige volkswirtschaftliche Richtung auf die Ausbildung unserer gebildeten Jugend und vor allem des Nachwuchses unseres Beamtenstandes ausübte. Es mag Jengnis von einer großen wissenschaftlichen Gelehrsamkeit sein, derartige Ausführungen, wie sie Herr Schmoller für zweckmäßig befunden hat, gegen „einen Teil der Unternehmerpresse“ oder „die Kapitalistenpresse“ oder „eine Kapitalistenherrschaft“ zu richten, kurzum gegen Begriffe, denen die tatsächliche Unterlage fehlt und die als solche kaum fassbar sind. Ob es überhaupt in Deutschland eine Zeitung gibt, auf die der Schmollersche Auspruch zutrifft, daß sie jeden Arbeiterverein für einen socialdemokratischen halte und daß sie jede Socialreform bekämpfe, da diese doch bloß der Socialdemokratie Vorwand leiste“, möchten wir bei aller Hochachtung vor der sogenannten wissenschaftlichen Gelehrsamkeit des Herrn Schmoller in Frage stellen. Jedenfalls haben wir bisher angenommen, daß solche Redensarten vielleicht in socialdemokratischen Hesperianumlungen lebhaften Anklang finden würden, daß sie aber in einem Vereine, der nach der Schmollerschen Erklärung in erster Reihe aus Gelehrten besteht, schwerlich angebracht seien. Auch wollen wir gerne Herrn Schmoller zu der „Wolkenentrücktheit“ beglückwünschen, die es ihm ermöglicht, für die meisten Führer derjenigen Partei, die bisher offen das Banner des Umsturzes der bestehenden Staats- und Gesellschafts-Ordnung vor sich herträgt und mit diesem unerfüllbaren Banner die weitesten Volksschichten zu behören sucht, eine große persönliche Hochachtung zu hegen. Das ist vielleicht nur, wenn man sich recht

gelinde ausdrücken will, eine Geschmackfrage, und über Geschmackfragen soll man sich nicht streiten.

Aber es ist wirklich weit gekommen mit der Verzerrung der Schmollerschen volkswirtschaftlichen Richtung, wenn ihr Führer, der ernannte Historiograph der preussischen Monarchie sich nicht schent, öffentlich auszusprechen, daß unsere preussische Monarchie mit ihren Ueberlieferungen ein Königtum der Schwachen und Armen gewesen sei, und Gefahr laufe, ein Königtum der Reichen zu werden, wenn es nicht der latheder-socialistischen Weisheit des Herrn Schmoller und seiner Schüler folge. Diese Ausführung ist ein demagogisches Schlagwort der schlimmsten Art, gegen das wir mit aller Entschiedenheit Verwahrung einlegen müssen. . . . Diejenigen, welche gegen die Schmollersche Richtung kämpfen, sie haben zuerst und richtig erkannt, wozu ein schwerer Angriff damit gegen die bisherigen Ueberlieferungen des Hohenzollernhauses geführt wurde, als ihm zugemutet wurde, ein einseitiges Königtum der Armen und Schwachen zu werden. Gerade die Gegner Schmollers sind es, welche vertrauen, daß unsere Monarchie alle Umsturzbestrebungen mit voller Kraft niederhalten, gleichzeitig aber auch sach- und vernunftgemäß socialpolitische Reformen, welche nicht auf dem Baume der grauen Theorie, sondern in praktischen Leben sich entwickelt haben, durchführen wird. Es ist eine eigenartige Befehlsübung der Schmollerschen Richtung, daß die Monarchie alle Umsturzbestrebungen mit aller Macht niederhalten soll, wenn Herr Schmoller gleichzeitig erklärt, er bedauere, daß man (nämlich in diesem Falle der König von Preußen und die verbündeten Fürsten) die Gesetzgebung zu ändern beabsichtige, um das Koalitionsrecht zu beschränken. Daß eine solche Absicht von vornherein ausgeschlossen ist, ist für jeden unparteiischen Beurteiler der leztjährigen Vorgänge unbestreitbar. Man kann darüber verschiedenartiger Meinung sein, ob die vorgeschlagene Fassung des Gesetzentwurfs zum Schutze der Arbeitswilligen geeignet ist, bei bürocratischer engherziger Auslegung die Koalitionsfreiheit zu beeinträchtigen. Aber ein Gelehrter, der sich nicht schent, sich als unparteiischen Beobachter der Vorgänge anzupreisen, sollte wenigstens so gerecht urteilen, daß er die mit allem Nachdruck verkündete Absicht der verbündeten Regierungen, die Koalitionsfreiheit unangefastet zu lassen, anerkenn. Diese abermaligen Ausführungen des einseitigen volkswirtschaftlichen Hochschullehrers sollten endlich einmal unserer Regierung die Augen öffnen, wozu diese wissenschaftliche Richtung treibt, welche bisher in der einseitigsten Weise auf den preussischen Hochschulen bezogen wird.“

Die vielgeprüfte naive Unschuld der „Kölnischen Zeitung“, die noch immer sich bei dem Begriff Kapitalismus nicht denken kann, hat offenbar den Wunsch, den neuen Kultusminister zu disciplinären Vorfällen zu verführen. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf dem Marktplatz in Halle ein Arbeiter verhaftet. Infolge einer Auseinandersetzung mit einem anderen Arbeiter soll er eine beleidigende Bemerkung haben fallen lassen, die von ein paar in der Nähe stehenden Zuschauern derart laut zurückgeworfen wurde, daß ein zufällig vorbeikommender Kriminal-Anwalt die sofortige Verhaftung des Unvorsichtigen vornahm.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Kabinettskrise ist überwunden. Die Blätter sprechen sich fast durchweg besriedigt aus. Selbst die Exzellenzen werden sich wohl über die mit der Aufhebung der Sprachenverordnungen abfinden müssen, da die übrigen Reich-Parteien nicht für Obstruktion zu haben sind. Freilich einen „Systemwechsel“ bedeutet die vorläufige Umkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen nicht. Es handelt sich für die Regierung nur darum, die Delegationswahlen vom Parlamente vollziehen zu lassen. Dann kann es 14 wieder regieren.

Brag, 2. Oktober. Das Exekutiocomitee des Jungeheuer-Klubs beschloß die Zusammenberufung der Landtags- und Reichstags-Abgeordneten, sowie der Vertrauensmänner, welchen ein Antrag betreffend den Eintritt in unterschiedene Opposition gegen die Regierung unterbreitet werden soll.

Wissen, 3. Oktober. Gestern abend zogen etwa 1500 bis 2000 halbwegsige Lurken unter Abführung ecclisi-nationaler Lieder durch die Straßen; einzelne antisemitische Rufe wurden vernommen. Die Häuser der deutschen und der jüdischen Wähler waren durch die Polizei besetzt; doch wurde ein Fenster der deutschen Turnhalle zertrümmert. Das Militär zerstreute schließlich die lärmende Menge.

Hildener hat, so wird aus Antenberg berichtet, sein Geständnis zurückgenommen. Er erklärte, er habe es abgelegt, um seine Hinrichtung, die er für unmittelbar bevorstehend hielt, auf unbestimmte Zeit zu verschieben, und beharrt jetzt wieder dabei, er sei an dem Morde der Gräfin unschuldig. Die beiden von ihm beschuldigten, Erbmann und Wasserbaum, die in Schan und Anka ermittelt wurden, konnten ihr Alibi vollkommen beweisen und wurden aus der Haft entlassen.

Schweiz.

Bern, 2. Oktober. Der Nationalrat nahm heute abend einstimmig mit 113 gegen 1 Stimme bei 12 Stimmenthaltungen die Reichsvorlage betreffend die Kranken-, Unfall- und Militärversicherung an. Das Gesetz soll am 1. Januar 1903 in Kraft treten. Das Volk kann gegen diesen Beschluß das Referendum ergreifen. —

Frankreich.

Paris, 3. Oktober. Der Staatsgerichtshof hat die Vernehmung der zur royalistischen Gruppe gehörigen Angeklagten auf die Mitte der Verteilung, ihnen zuvor die Einsicht in sämtliche Akten zu gestatten, bis auf weiteres verschoben. —

Infolge der gegen den Hauptmann und Kompanie-Chef Desmouglis vom 5. Dragoner-Regiment geführten Untersuchung ist derselbe dem 3. Spahi-Regiment in Batavia (Nieder) als Hauptmann jülicher Klasse zugestellt worden. —

Dänemark.

Soll auch Dänemark ein Zuchtandgesetz bekommen? Es wird uns geschrieben:

Der konservative dänische Reichstags-Abgeordnete Lars Dinesen reist z. B. in der Provinz umher und hält politische Versammlungen ab und hat auf denselben die „Hoffnung“ ausgesprochen, daß „durch die Gesetzgebung Schanz geschlossen werde für jeden ehrenwerten Arbeiter, so daß wir von der rücksichtslosen Tyrannei der Gewerksvereine freilommen können; ferner sagte er, daß man in Deutschland „etwas derartiges in Vorbereitung habe“ und daß in Schweden „ein Gesetz gegen die Uebergriffe der Gewerkschaftsverbände angenommen sei“. Also diese beiden Gesetze sind Lars Dinesens Ideal. Man beachte, daß Dinesen der zukünftige Führer der dänischen konservativen Partei ist, da Scharrling und Bjerre zurücktreten; er gebt dem linken Flügel der Partei an, der immer aus Ander kommt, wenn Verschmelzungspolitik mit den Liberalen in Aussicht ist. Auch ein liberales Blatt verkündet, daß eine Verammlung der Reichstags-Abgeordneten und Redacteurs der Linken bevorsteht, um über eine Frontveränderung gegenüber der Socialdemokratie zu verhandeln. Bei den letzten Wahlen waren die Liberalen mit der Socialdemokratie gegangen. Das scheint nun anders werden zu sollen. —

Kopenhagen, 8. Oktober. Der Finanzminister Hørring hat heute das Budget für das Finanzjahr 1900/1901 im Folgenden eingeleitet. Dasselbe weist einen Ueberschuß von 700 000 Kronen auf. Unter den Ausgaben sind hervorzuheben: Ein Betrag von über 10 Millionen Kronen für neue Eisenbahnanlagen und ein solcher von 2 Millionen zum Ankauf von Grundstücken für Landarbeiter. Das Kriegsministerium verlangt u. a. die Bewilligung von transportablen, samaltpurigen Eisenbahnmateriale, um in Kriegzeiten Batterien schnell transportieren zu können. Zu einer direkten Telefonverbindung Kopenhagen—Berlin über Gjedser—Warnemünde werden 150 000 Kronen gefordert. Unter den sonstigen Forderungen zu Verkehrszwecken befindet sich ein Betrag von 5 Millionen Kronen zur Beschaffung von neuem Material für die Staatsbahnen und zum Bau von zwei neuen Dampfschiffen für die Weltverkehrsflotten. Die Einnahmen sind auf 72,9 Millionen veranschlagt. —

Schweden.

Schweden. Ein einziger Socialdemokrat ist wieder in den schwedischen Reichstag gewählt. Hjalmar Branting, in Stockholm. Bei dem jamaerlichen Wahlrecht ist es ja nicht anders möglich. Aber Hjalmar Branting hat auch Stimmen des oppositionellen Bürgertums bekommen, da er nicht nur ein gelehrter, sondern auch ein hochangesehener Mann in Stockholm ist. Einen aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Vertreter in den schwedischen Reichstag zu bringen, scheint fast unmöglich, da für ihn nur Arbeiter stimmen würden, die unter dem schwedischen Wahlrecht keine Majoritäten erlangen können. In Kalmars hatte man zwei aus dem Arbeiterstande, um die Gewerkschaftsbewegung sehr verdiente Männer aufgestellt: den Maurer Niels Persson und den Maler Palmström. Sie sind nicht gewählt, aber dem ersteren fehlten nur 92 Stimmen an der Majorität.

Da eine gewisse Erweiterung des Wahlrechts in dieser Session zweifellos ist, dürfte die Partei in den nächsten Reichstag mehrere Abgeordnete bringen. —

Russland.

Neue Verfassungen aus politischen Gründen sind in verschiedenen Gegenden Russlands vorgenommen worden. So sind in Lwow 40 Arbeiter und 5 „Intelligente“ verhaftet worden. In Zusammenhang mit den Verfassungen in Lwow haben weitere Verfassungen in Charkow und in Kischinow stattgefunden. Ferner sind in Odessa in der Nacht vom 17. auf den 18. September 85—40 Verfassungen und zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen worden. Einzelne Verfassungen sind ausserdem aus Petersburg, Ufa und Kischineff gemeldet worden.

Was die russischen Hochschulverhältnisse anlangt, so hat sich die Regierung im letzten Augenblick entschlossen, alle aus Anlaß der Studentenbewegung relegierte Studenten in die Hochschulen wieder aufzunehmen. Dies mag wohl zur Veruhigung der Geister beigetragen haben — die Unruhen haben sich nach Beginn der Vorlesungen bis jetzt noch in keiner Hochschule erneuert — obwohl unter den Studenten der verschiedenen Hochschulen geheime Verhandlungen gepflogen werden über die Weiterentwicklung der Studentenbewegung. Ob diese sich in der alten oder in einer neuen Form erneuern wird, das ist zur Zeit noch nicht bekannt.

Finnisches. Zur Angelegenheit des auf Forderung der russischen Regierung abgeleiteten englischen Vizekonsuls Eugene Wolff wird gemeldet, daß sowohl die finnische als auch die schwedische dieses Mann bei der nächsten Landtagswahl als Kandidaten aufgestellt haben, eine Erscheinung, wie sie im finnischen Parteilieben, da die genannten Parteien sich schroff gegenüberstehen, noch nicht vorgekommen ist. Wie ferner russische Blätter melden, hat der Antagonist des Herrn Wolff, der englische Vizekonsul in Hangö B. Rossman eine Abschiedsgesuch eingereicht mit der in finnischen Blättern veröffentlichten Begründung, daß die Verhaftung des englischen Konsulats in Finnland mit der Ausübung der finnischen Bürgerrechte unvereinbar sei; dies bewiesen die gegen den Konsul Wolff ergriffenen Massregeln. —

VI. National-socialer Vertretertag.

Göttingen, den 2. Oktober.

Herr Dr. Raumann eröffnet den Parteitag mit einem Hoch auf den Kaiser. Zum Vorsitzenden des Parteitages wird Professor Gregory-Weipzig gewählt. Unter den 140 Delegierten befinden sich mehrere Frauen.

Der Geschäftsbericht des Parteisekretärs **Wend**-Berlin beschäftigt sich vor allem mit der Ausführung der Beschlüsse des vorigen Delegiertentages. Ohne allen Optimismus ließe sich sagen, daß die national-socialen Bewegung vorwärts geht. Es sollen politische Berufsarbeiter in Zukunft mehr angezogen werden.

Herr Dr. Raumann erstattet den politischen Jahresbericht. Die Partei hat im letzten Jahre mancherlei neue Fragen in Angriff genommen. Im ersten halben Jahre war es mehr die äußere, im zweiten Semester die innere Politik, mit der man sich beschäftigte. Die Orientreise des Kaisers spielte eine große Rolle. Die nationale Politik sei immer von der Seite aus betrachtet worden: was nicht den Engländern. Denn dies schade Deutschland. Die dänische Angelegenheit wurde aufgeführt durch die Ausweisungen. Die Partei sei über diese Sache nicht genügend geklärt gewesen. Deutschland habe ein Recht, listige Ausländer auszuweisen. Die Partei sei nicht international wie die Socialdemokratie. In der inneren Politik stand im Vordergrund die **Zucht** aus der Vorlage. Man habe sofort nach Erscheinen der Vorlage eine scharfe Agitation dagegen eingeleitet. Ueber Göhrs Austritt liegen keine Dinge vor, die nicht schon bekannt sind. Göhre wünscht Revision unserer nationalen Bestimmung, so weit sie monarchisch ist. Der jetzige politische Kurs müsse unsere Stellung zum Kaiser abklären. Dem sei zu entgegen, daß nach Stimmungen und einzelnen Thatsachen man nicht Politik machen könne. (Bravo.) Entweder man sei Republikaner, dies sei aber für Deutschland unpöblich und schädlich. Deutschland habe in der größten Zerrissenheit gerade nach einem Kaiserthum ausgeschaut, nach einer eigentlichen Spitze. (Sehr richtig.) Deshalb sei es ungeschicklich, das Kaiserthum zerstören zu wollen. Im Ausland imponiere mehr der Kaiser als der Reichstag. Darum keine Revision der monarchischen Bestimmung. (Sehr richtig.) Göhre will weitest proletarischen Socialismus. Die Arbeiterwelt umfasse aber mehrere Schichten. Die obersten Schichten werden sich allmählich dem Bürgertum mehr annähern. Es besteht darum kein absoluter Gegensatz zwischen Bürgertum und Proletariat. Niemals drückt eine Klasse ihre Forderungen durch sich selbst durch. Sie muß auf das Bürgertum rechnen. Das Bürgertum braucht die Arbeiter im Kampf gegen die Konserverativen. Dies hat auf das deutlichste die Sozialvorlage gezeigt. Nur müssen die Arbeiter aufhören, Utopismen nachzugehen. Redner hofft, daß die Gruppe Wassermann fest bleiben wird. Freiherr v. Stumm bleibt viel von Berlin weg. (Heiterkeit.) Das ist erfreulich. Freiherr v. Werkeß gab sich Mühe, eine internationale Arbeiterkongress zusammenzubringen. Auch in der Socialdemokratie zeigt sich Annäherung. Was Wassermann dort ist, ist Versteinerung hier. Wir glauben aber nicht, daß Versteinerung viel ändern wird. Wir glauben auch nicht, daß in Hannover demnächst viel ausgemacht wird. Wir haben Gedanken für uns, die Organisationen kommen nach. Die Nationalliberalen werden den Socialdemokraten näher kommen im Laufe der Zeit, und damit zugleich das Nationale und Sociale. Der Großgrundbesitz steht zur Industrie im Gegensatz. Darum muß auch der Kaiser einmal loskommen von den Konserverativen. Auf ein freies, industrielles, bürgerliches Deutschland hoffen wir. (Lebhafte, lang andauernde Beifall.)

H. Gerlach spricht zum Antrag Berlin: Bei den Reichstagswahlen dürfen National-Socials sich nur dann für Kandidaten anderer Parteien erklären, wenn diese Kandidaten sich mindestens für die Aufrechterhaltung des Reichstags-Wahlrechts und der Koalitionsfreiheit in der bestehenden Form verbindend verpflichtet haben. Die Leipziger National-Socialen haben seiner Zeit für den

nationalliberalen Haffe gestimmt, ohne daß dieser sich verbindend für das bestehende Wahlrecht erklärt hat. Wenn er ferner beantragt, dem Berliner Antrag hinzuwaschen: „Und nicht grundsätzlich die Bewilligung nationaler Nachforderungen (Herr und Flotte) abzulehnen.“

Die beiden Anträge werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Eine **Württembergische Resolution**, betr. Ausschließung der slavischen Arbeitermassen, wird angegriffen, weil sie zu radikal sei. **Lehmann-Hornberg** (Baden) verlangt Besteuerung ausländischer Arbeiter.

Maurer aus Könnig (Schwarzburg) ist der Meinung, daß in Westfalen keine Polen nötig wären. Es gäbe keinen Nachwuchs mehr an Vergleuten, weil zuviel Polen genommen würden.

Einzelne Redner protestierten als organisierte Arbeiter scharf gegen den massenhaften Zugang der ausländischen Arbeiter. Schließlich wird folgender Antrag angenommen: „Der Vertretertag erklärt sich vollständig einverstanden mit dem Wunsche der deutschen Arbeiter nach einem kräftigen Schutze gegen den lobnbedrückenden Wettbewerb der ausländischen Arbeiter durch entsprechende staatliche Maßnahmen.“

Scheffer-Weipzig spricht über die Bedeutung der Karolinen-erwerbung. Er verlangt in einem Antrag, daß die Regierung für die Erwerbung desklawinschen und die Notwendigkeit der Flottenstärkung aus Anlaß der Samoafrage von neuem betone. **H. Gerlach** spricht sich dagegen aus. Solche Vertrauens-Kombinationen bei solchen Kleinigkeiten wie die Karolinen hätten keinen Wert. Auch im Flottenenthusiasmus könne man zuviel thun. Der Kaiser sorgte schon genug für die Flotte, und wir sollten nicht laienhaftiger als der Kaiser sein. **Gregory-Weipzig** macht für die Flotte Propaganda, da die Partei social sei, so könne ihr der Flotten-Enthusiasmus auch nach links nicht schaden. **Tischendorfer**-Berlin tritt kräftig gegen den Antrag ein.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen. Ein Antrag verlangt eine **Sympathie-Erklärung** für die Boeren, nicht als ob die Boeren in allen Dingen recht hätten, sondern weil wir Deutschen gegen die Engländer stehen müssen. Uebergang zur Tagesordnung.

Rach einer Partei hält **Zohn** seinen Vortrag über die Entwicklung des Staatsgedankens in Deutschland. Er führt folgendes aus: Die Staatsmacht läßt einen übermächtigen Druck auf uns aus. Aber der Staat ist auch Freiheit. Freiheit und Druck machen den Staat aus. Der Krieg ist der Vater aller Dinge, auch des Staates. Der Staat ist die mächtigste Organisation zur Entfaltung der Kräfte. Von 1650—1850 wird der ständische Staat beseitigt durch den absoluten Polizeistaat. Eine neue Großmacht kommt auf, der Bürger, der Kaufmann, der Städter. Der Kaufmann ist der Schöpfer des Individualismus. Seine Zukunft liegt auf dem Wasser. Der Kaufmann begehrt Freiheit für seinen Handel. Das deutsche Bürgertum ist zur Macht geworden. Das deutsche Volk ist um 1500 geboren worden, eine Nachgeburt gegenüber England und Frankreich. Das deutsche Volk ist da, aber noch fehlt der deutsche Staat. Der absolute Polizeistaat bezeichnet den Staat schon in seiner Vollendung, der Staat gehört allen, das ist der Sinn des Polizeistaats. Das Wohl aller Staatsbürger ist die größte Aufgabe, das ist der Sinn des absoluten Staats. Die Fürsten verbanden sich mit der Menge. Die Hohenzollern brachen die Macht der Rittersitter und der Patrizier in den Städten. Ueber die Durchführung dessen, was zum Wohle aller gereicht, richtet allein die Polizei (Heiterkeit), es ist die Zeit des beschränkten Unterthanenverstandes, die Blauzeit der Juristen, der wohlweisen Männer. Auf die Dauer reagiert das Bürgertum dagegen. 1848 bringt die Entschlebung. Der moderne bürgerliche parlamentarische Rechtsstaat kommt auf 1850—2050 (Heiterkeit). Die Juristen werden entthront. Die Gesellschaft will mitregieren, Volksoberleitung, Kommune, Kreisrat, Provinzialtag, Schwurgerichte. Alle Kreise wollen überall mitarbeiten. Sie verstehen zwar nichts von Jurisprudenz (Heiterkeit), sie haben nichts gelernt von Gesetzen und Rechtsprechung. Aber der Freiheitsgedanke ist geboren worden. Und er verlangt Einfluß der Masse, um über sich selbst zu bestimmen. Das Beamtenthum hat es jetzt schwerer, es muß auf das Volk hören. Parlamentarischer Staat und Rechtsstaat. Im absoluten Staat gab es nur Richter, die das Privatregiment schlichteten. Der heutige Staat schlicht das Recht des Individualismus gegen den Staat, gegen die Despotie, Koalitionsfreiheit, Verfreiheit usw. Was zeigt uns die Uhr der Weltgeschichte? Es ist Morgenstunde. Ein neuer Tag ist angebrochen. Noch muß gekämpft werden um die Freiheit, um die Koalitionsfreiheit, weil wir noch am Anfang stehen des Freiheitsstaats. Früher meinte man, Freiheit wäre der Macht feindlich. Aber diese fordern sich gegenseitig und ergänzen sich. Dies hat der nationale Socialismus erkannt und ausgesprochen. Dieser Bewegung gehört die Zukunft. Damit schließt der erste Verhandlungstag.

Partei-Nachrichten.

Zum Parteitag in Hannover. An die Delegierten zum Parteitag, die sich beim Parteivorstand

J. Auer,

Berlin SW., Raybachstr. 9,

gemeldet haben oder durch die Vertrauenspersonen der betreffenden Kreise oder Orte gemeldet worden sind, wurden heute die Drucksachen (Berichte und Vorlagen) abgehandelt. Delegierte, die nicht angemeldet sind, können die Drucksachen in Hannover in Empfang nehmen.

Anmeldungen, die nicht bis 5. Oktober in unseren Händen sind, werden auf keinen Fall berücksichtigt.

Berlin, den 3. Oktober 1899.

Der Parteivorstand.

Totenliste der Partei. In Elberfeld starb im Alter von 65 Jahren der Parteigenosse **Friedrich Schneider**. Schneider war schon zu Vossiales Zeiten in Elberfeld für die Partei thätig und hat bis zu seinem Tode der Partei stets treu gedient.

Politikales, Gerichtliches usw.

— **Ein eigentümliches Beschwerdeverbot** scheint in Sachsen-Weimar zu bestehen. Genosse **Vaubert** beschwerte sich über das Verbot der Kreisversammlung in Stadtilza durch den dortigen Gemeindevorsteher. Der Bezirksdirektor Geh. R. Born eröffnete ihm darauf, daß es zwar „den Anschein hat, als ob zu dem Verbot genügender Anlaß vorgelegen habe“, daß es aber „keinen Zweck hat“, die Frage „nachträglich näher zu prüfen“, da sich die Behörde für die Zukunft nicht binden könne.

Diese klassische Entscheidung liefert übrigens unbewußt eine ganz treffliche Kritik des in Deutschland nach solcher Richtung allgemein bestehenden Zustandes. Es hat in der That auch für die Beschwerdeverbot wenig Zweck“, nachträglich Recht oder Unrecht zu bekommen, so lange nicht die Beamten für ungerechtfertigte Massregeln gegenüber den geschädigten Bürgern auch civilrechtlich haftbar gemacht werden.

— **„Thaifrästiger“ großer Unfug.** Genosse **Verlau** als verantwortlicher Redacteur der „Halberstädter Zeitung“ hatte in diesem Blatte aufgeführt, die freilich den Redacteur in Osterwieck „thaifrästiger zu unterschätzen“. Darin sah die Polizei irgend eine nebelhafte Gefahr für irgend wen, vermutlich für „Arbeitswille“ und nannte das großen Unfug, der mit 50 M. Geldstrafe gesühnt werden sollte. Das Schöffengericht hob jedoch das Strafmandat auf und sprach Verlau frei.

— **Die Bezeichnung „Schandgeheh“** für die Inaktsandvorlage ist nach dem badischen Staatsminister Herrn Dr. **Eisenlohr** eine Verleumdung des Bundesrats. So erklärte er bei Abweisung einer Beschwerde des Genossen **Trebe** in Forzheim, dessen Verammlung wegen dieses Ausdrucks aufgelöst worden war. — Das Gericht in München hat bekanntlich erst vor einigen Tagen entschieden, daß in diesem Worte keine strafbare Handlung zu finden sei.

Der 7. internationale Geographen-Kongress.

Die allgemeine Vormittags-Sitzung vom Dienstag brachte eine ganze Reihe interessanter Vorträge, die allerdings leider wieder in aufmerksamen Zuhörern sehr schwer, oftmals gar nicht verständlich waren. Sehr schlimm in dieser Beziehung war Prof. **Sirchow** über den Reigen eröffnete. Allerdings gab er sich auch gar Mühe, andern als den zunächst Sitzenden verständlich zu werden. **Sirchow**, ebenso **Dergoleff** und einige andere sprechen so und vernehmlich, daß sie trotz der schlechten Akustik des Saales überstanden werden.

Sirchow trug an Stelle des abwesenden Dr. **Lehmann** über „Ergebnisse einer Expedition nach Armenien“ vor. Es handelt sich um die Expedition, welche die beiden deutschen Forscher **Lehmann** und **Weld** unternommen haben, und durch welche überraschende Resultate zu Tage gefördert sind. Es konnten nämlich zahlreiche Steine mit Inschriften untersucht werden, an deren Entzifferung man früher gar nicht hätte denken können. Bei der Erbauung der armenischen Kirchen sind nämlich vielfach alte Steinblöcke mit Keilschriftenschriften in die Fundamente eingemauert, so daß sie ganz unzugänglich waren. Da bei den letzten Unruhen viele Kirchen zerstört wurden, so konnte man die Erlaubnis zur Freilegung der Keilschriftenschriften erwirken; so wurde ein wertvolles Material gewonnen, das sich aber nicht auf die Armenier, sondern auf die alten Chaldäer bezieht. Unter Chaldäern versteht man meist die Geshirtenlaste der Babylonier; auf diese richten sich aber die Forschungen von **Lehmann** und **Weld** nicht. Ebenso wenig auf den chaldäischen Volksstamm, der am Tigris und Euphrat wohnte. Außer diesen gab es noch pontische Chaldäer, welche in der Gegend von Trapezunt am schwarzen Meere saßen. Nur auf diese letzten beziehen sich die Inschriften, und **Lehmann** will daher dieses Volk, um es von den andern Chaldäern zu unterscheiden, als **Chaldäer** bezeichnen.

Die Geschichte des alten Chaldäervolkes ist also der eigentliche Forschungsgegenstand der **Lehmann-Weldsches** Reise, und merkwürdige Thatsachen in anthropologischer und sprachlicher Hinsicht sind über sie bereits zu Tage gefördert. Sie zeigen sich in ihrem Körperbau und in ihrer Sprache durchaus verschieden von den andern Chaldäern, und sie werden weder als Semiten noch als Indogermanen in Anspruch genommen. Als besonders bemerkenswert erwähnt **Sirchow** die Thatsache dieses Volkes bei Wasserbauten; so trieben sie Tunnel durch die Gebirge, um ihren Städten und ihren Bodenkulturen frisches Quellwasser zuzuführen.

Im nächsten Vortrag behandelte Prof. **Sieglin** die „Entdeckungsgeschichte von England im Altertum“. Er wies nach, daß schon im grauesten Altertum Phöniciern und Karthagern über die Säulen des Hercules (die Meerenge von Gibraltar) hinaus fuhren, und daß sie die britannischen Inseln kannten. Doch ging diese Entdeckung der alten Welt wieder verloren. Wenigstens sagt der Vater der Geschichtsschreibung und Geographie, **Herodot**, der um 450 v. Chr. lebte, ausdrücklich, so viel Mühe er sich auch gegeben habe, er habe nie einen Menschen gefunden, der selbst über die Säulen des Hercules hinausgekommen sei. Er glaube auch nicht, daß das jemals geschehen sei; das wilde säumische Meer verbinde dort jede Schifffahrt.

Später wurden die britischen Inseln noch einmal von dem berühmten Astronomen, Mathematiker und Geographen **Ptolemäus**, der zur Zeit Alexander des Großen lebte, entdeckt. Auf der großen Seereise, die er 334 v. Chr. unternahm und die ihn bis an die deutsche Nordseeküste führte, besuchte er die britischen Küste. Aber noch einmal ging die Kenntnis dieses Landes der griechisch-römischen Welt verloren.

Als fast 800 Jahre später **Julius Cäsar** seine Expedition nach Britannien unternahm, beschreibt er das Land durchaus als Insel. Aber mehrfach wurden Zweifel daran laut, da er sich ja nur auf Berichte von Eingeborenen und Kaufleuten stütze. Erst als 79 n. Chr. der Statthalter **Agricola** Britannien vollständig umschiffen ließ, war die Inselnatur des Landes endgültig festgestellt.

Der Vortragende schloß mit der Bemerkung, daß die Entschlebung seines andern Landes dem Altertum so ungeheure Schwierigkeiten bereitet habe, wie gerade die Britannien. Aber Britannien habe dies reichlich gelohnt; denn kein anderes Land habe sich so verdient gemacht um die Kultur der Völker, von denen es selbst einst der Kultur genommen wurde.

Ich gehe im Hingeb über die übrigen Vorträge des Vormittags fort, in denen noch Prof. **Kayel** über „Ursprung und Ausbreitung der Indogermanen“, Prof. **Günther** über die sogenannten „Meereshäufigen“ und der Amerikaner **Wigelow** über „Kolonialverwaltung in verschiedenen Erdteilen“ sprach.

Radianttags, wo der Kongress sich stets in Abteilungen auflöst, begab ich mich zunächst in die Gruppe über Gletscherkunde; denn hier waren die interessantesten Mitteilungen von Prof. **Hagenbach-Wisloff** aus Basel über „Bermessungen am Rhone-Gletscher während 25 Jahren“ und der Bericht über die Konferenz von Gletscherforschern am Rhone-Gletscher am 20.—25. August 1899“ zu erwarten. Am Rhone-Gletscher hat man nämlich im Jahre 1874 mit systematischen Messungen begonnen und sie bis heute, also 25 Jahre lang, fortgesetzt. Man hoffte so, alle Verhältnisse an einem leicht zugänglichen Gletscher genau feststellen zu können, und vielleicht Schlüsse auf die Gletschernatur überhaupt machen zu können.

Thatsächlich sind auch manche interessanten Resultate gewonnen worden. Vom Rande nach der Mitte zu wächst die Geschwindigkeit des Eises genau so, wie es bei fließendem Wasser der Fall ist, das am Rande wegen der starken Reibung an den Ufern langsam vorwärts kommt, während es in der Mitte verhältnismäßig schnell geht. Um 100 Meter jährlich geht das Eis in der Mitte vorwärts, während es gegen den Rand hin nur 30 und schließlich nur 10 Meter jährlich weiter kommt.

Uebrigens zeigte sich eine bemerkenswerte Beziehung zwischen der Höhe des Eisstandes und der Geschwindigkeit. Wenn der Eisstand um einen Meter wächst, so wird die Geschwindigkeit um zwei Meter beschleunigt. Dieser ganz deutliche Zusammenhang konnte für Höhenabstände von bis zu 5/2 Meter beobachtet werden. Allerdings beziehen sich alle Geschwindigkeitsmessungen nur auf die oberflächlichen Eisdichten; bis zu 30 Meter Tiefe haben sich die Messungen höchstens erstrecken können, und bis dahin scheint die Geschwindigkeit konstant zu sein. Das gestattet aber noch gar keinen Schluss auf die Verhältnisse in größeren Tiefen von 200 und 300 Meter, die der Gletscher hat.

Deswegen ist es dringend nötig, die Messungen noch weiter fortzusetzen und sogar zu erweitern. Es kommt hinzu, daß der Gletscher seit 25 Jahren beständig zurückgegangen ist, so daß das Ende heute nahezu 800 Meter weiter zurückliegt, als es 1874 der Fall war. Dieses Zurückgehen ist freilich nicht stetig während des ganzen Jahres; vom Dezember bis April rückt der Gletscher vielmehr vor, und weicht erst im Sommer durch Abschmelzen wieder zurück. Mindestens so lange, bis das jährliche Zurückgehen des Gletschers sich wieder in ein jährliches Vorwärtsschieben verwandelt, müßten die Beobachtungen fortgesetzt werden. Der Rhone-Gletscher könnte dann, wenn seine Verhältnisse völlig erforscht sind, als Normalgletscher gelten, mit dem alle übrigen zu vergleichen wären. — b.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Differenzen in der **Buchdruckerei L. Schneider u. Co.** sind noch nicht beigelegt und dürften, da die Firma bisher den Ausständigen nur ganz geringe Konzessionen gemacht hat, auch sobald nicht beigelegt werden. Die Veruche der Firma, einzelne der Ausständigen zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, sind fruchtlos geblieben. Nur ganz vereinzelt haben sich einige ganz mangelhafte Arbeitswille gefunden, die die Firma ranzuzureichen gedachten. Andererseits versucht die Firma auch von außerhalb Arbeitskräfte, namentlich von Leipzig und Dresden aus, heranzuziehen; bis jetzt jedoch ohne Erfolg, da die auswärtigen Arbeitsnachweise rechtzeitig von dem hiesigen Ausstände in Kenntnis gesetzt worden sind. In welcher Kalamität sich die Firma befindet, geht daraus hervor, daß sie versucht, ihre Druckerarbeiten in

deren Druckereien herstellen zu lassen, namentlich solche, die sie nicht im Verlage, sondern nur den Druck übernommen hat, auf diese Arbeiten werden die Kollegenkreise besonders aufmerksam gemacht.

Zur Aufrechterhaltung der „Ordnung“ hat sich die Polizeibehörde Firma freiwillig zur Verfügung gestellt. An dem Eingange der Lindenstraße sowohl wie in der Friedriehstraße patrouillieren ganze Tag je zwei Schutze. Die Beamten plagen offenbar die Kaugeweile, da die Ausständigen ihnen Anlauf zum Einschreiten nicht geben werden. Auch hat sich die Polizeibehörde bereits eingehenden Bericht von der Firma über die Ursachen des Ausstandes geben lassen. Material zur Zustandsvorlage!

Die Ausständigen eruchen überall bei Engagementsanbietungen von der Firma V. Schneider u. Co. bei den bekannten Stellen vorher erst Erkundigungen einzuziehen.

Zur Lohnbewegung der Posamentiere. Folgende Firmen haben nicht bewilligt: Witwe Wünger, Wendel u. Co., E. Gustb, Köstermann u. Jarinzanski, W. u. S. Kehler, A. Sinsel, Hoffmann u. Weiland, Th. Bagler, Reich u. Dürmeister, E. Hoppe, V. Hoppe, Eisner u. Hauff, Brzoghob, Wollmer, Vreghmer, S. Schmidt. Wießbitten, den Zugang fernzuhalten.

Die Lohnkommission.

Zur Lohnbewegung der Mehl- und Getreidefutcher. Bekanntlich haben die Mehl- und Getreidefutcher durch ihren Streik ihre Fuhrer zu einem Mehrverdienst von 8 M. pro Gesspann und Woche verholfen, während sie selber nur einen viel geringeren Lohnzuschlag erzielten. Fast alle Firmen haben auch das der Lohnkommission gegebene Versprechen, den Ausschern pro Woche 27 M. zu zahlen, ohne daß dieselben irgendwelche Einbuße an Ertragsgeldern zu erleiden, gehalten. Nur die Firma F. Splinter Kachfolger, Greifswalderstr. 208 hat, trotz der ehrenwörtlichen Erklärung des Firmenehabers Herrn Pasquel, versucht, die Bewilligung der Lohnzulage dadurch wieder rückgängig zu machen, indem sie den Ausschern erklärte, daß nunmehr die Trimgelder bei den Branerereien von der Firma eingezogen werden. Die Ausschern legten darauf am Dienstagmorgen einmütig die Arbeit nieder und werden dieselbe nicht eher aufnehmen, bis Herr Pasquel sein unter Zeugen abgegebenes Versprechen einlöst.

Wir eruchen hiermit die Ausschern und Arbeiter aller Branchen, die Firma F. Splinter Kachf. zu meiden und keinerlei Arbeit für dieselbe zu leisten.

Die Lohnkommission.

Achtung, Holzbildhauer! Wegen Nichtbewilligung der gestellten Forderungen sind Kollegen folgender Werkstätten in den Ausstand getreten: Thum, Grunmstr. 35; Arndt, Neue Königstr. 10 (arbeitet für Brunzlow); Vogel, Niddor, Anseebachstr. 115; Warg, Friedriehsbergerstraße 10; Weyer, Briserstr. 7; Weh, Memelerstr. 31; Brunzlow, Neue Königstr. 15; Schulz, Flegelstr. 30; Jacquemin, Alte Jakobstr. 88; Kirchner, Adalbertstr. 42; Griz, Balladenstr. 57; Kramer, Koppensstraße 60; Solow, Niddor, Walterstraße 20; Schön, Mariannenstraße; Brandenburg, Wilhelmstr. 124; Gröger, Kottbuser Damm 95; Reumann, Rantensseilerstr. 22; Otto Schwarz, Urbanstraße 67; Ojosewicz, Hochstr. 2.

Es wird erucht, diese Werkstätten streng zu meiden. Meldungen, auch der Firmen, welche bewilligt haben, sind umgehend an die Lohnkommission, Köpplerstr. 62 (Restaurant Spielberg, Telephon Amt VII Nr. 3092), in der Zeit von 9—1 und 3—7 Uhr zu richten. Sammelstellen sind ebenda zu erheben.

Die organisierten Holzarbeiter werden erucht, die in ihren Geschäften arbeitenden Bildhauer auf die Forderungen aufmerksam zu machen.

Die Lohnkommission.

Achtung, Eiseneure und Stahlgraveure! Bei nachfolgenden Firmen befinden sich die Kollegen wegen Nichtbewilligung des Neumlundtages im Streik oder haben geschädigt: Aktiengesellschaft vorm. Spinn u. Sohn, Bronzewarenfabrik, Wasserlocherstraße; S. A. Zwi, Bronzewarenfabrik, Gartenstr. 108; Volkgold u. Sohn, Silberwarenfabrik, Köpplerstr. 72 (diese Firma ist für Eiseneure und Stahlgraveure gesperrt); Reiter (Inhaber Engel und Hegenwald), Bronzewarenfabrik, Lindenstr. 23; Speck, Bronzewarenfabrik, Dresdenstraße 36; Geride, Sebastianstr. 20. — Streikarbeit wird angefertigt bei den Eiseneuren Fischer, Wienerstr. 29, und Grensch, Adalbertstraße 75. Von allen diesen Werkstätten ist deshalb Zugang strengstens fernzuhalten.

Die Kommission.

Der Verband der Eisenbahner Deutschlands hat in Berlin folgende Hilfsstellen errichtet, wo zugleich auch Abonnementen auf das Eisenbahnerorgan „Der Bedarf“ entgegengenommen werden: Wilhelm Henze, Bornborferstr. 4; Franz Hauser, Schöneberg, Sedanstr. 31; Herm. Schulz, Schwarzloppstr. 15; Heinrich Vinzer, Holmannstr. 37; Robert Arendt, Brizenerstr. 21; Karl Burgänger, Rummelsburg, Kantstraße 44; Freuh, Neue Friedriehstr. 20.

Die Eisenbahner treten dem Verband als Einzelmitglieder bei. Auf diese Weise wird es vermieden, daß der Eisenbahnverwaltung etwa mit Hilfe der Polizeibehörde die Mitglieder bekannt werden. Der V. d. E. D. hat auf Grund seiner Organisation und nach den Bestimmungen des hamburghischen Vereinsgesetzes nicht nötig, seine Mitglieder der Behörde anzumelden. Der V. d. E. D. hat der deutschen Eisenbahnerchaft schon große Dienste geleistet, denn ohne ihn gäbe es keine energische und rücksichtslose Aufdeckung der Betriebs- und sozialen Mißstände im Eisenbahnbereich. Der V. d. E. D. wüßte, seiner gewerkschaftlichen sozialen Tendenz entsprechend, alle Schichten der Unterbreiten und Arbeiter, und nimmt ohne Unterschied der politischen Parteilichung und Religion Stationspersonal, Streckenarbeiter, Bahnbewachungs-Peronal, Werkstättenarbeiter, Güterbodenarbeiter, Fahrpersonal usw. auf.

Deutsches Reich.

Bei der Wahl zum Gewerkschaftsrat der Zwangsbindung der Schneider zu Dortmund regte die Liste des Schneiderverbandes mit 57 gegen 23 Stimmen der Vereinigung der katholischen und evangelischen Gewerkschaften, welche durch Flugblatt die Parole ausgegeben hatten: Wieder mit den roten Socialdemokraten! Hoch die christliche Vereinigung!

„Arbeitswilligen“ Arbeit. Von Gera wird berichtet: Als dieser Tage der am Bahnhof aufgestellte Hydrant mit dem Röhrennetz der Flußwasserleitung verbunden werden sollte, stellte sich heraus, daß der Pflichten des Verbindungszugens wohl gegessen war. Da nun die Eisengleise von Jahr, in welcher diese Streikarbeit geliefert wurde, in nächster Nähe liegt, so ließ man von dort einen Beamten kommen, damit er sich von dieser Mißsarbeit überzeugen könne. Als der Beamte den Stutzen zu Gesicht bekam, rief er: „Nun ja, da haben wir, den hat der hübsche Schumann gemacht!“ Und als man der Stutzen einer nochmaligen Prüfung unterzogen wurde, stellte sich zum größten Schandium der nicht an dieser Angelegenheit Beteiligten heraus, daß der große Hohlraum mit — Fensterläst ausgefüllt und mit Teer überstrichen war. Hier steht man genau, in welche Verlegenheit derartige „Arbeitswillige“, die den tüchtigen und erprobten Formern das Brot wegnehmen, eine Firma bringen können. Die Firma Jahr aber kann nichts weniger als stolz auf derartige Leistungen sein, und sicher ist, daß, wenn so weiter gewürfelt wird, der Kundenkreis dieser Firma ein wenig kleiner werden wird. Nur der Ansicht der Arbeiter, welche den Stutzen beschließen sollten, ist es zu danken, daß ein unter Umständen großes Unheil verhütet worden ist.

Zur Aussperrung der Bergarbeiter im Planenschen Grunde veröffentlicht die „Sächs. Arb.-Ztg.“ folgenden Aufruf: Nachdem am 20. September in einer öffentlichen Bergarbeiter-Versammlung der Ausstand der Bergarbeiter infolge der Wankelmütigkeit dieser Bergarbeiter aufgehoben und das letzte Häuflein kämpfender Bergarbeiter sich wieder unverrichteter Sache zur Arbeit melden mußte, fängt der Unternehmer an, viele Bergarbeiter zu mörgeln. Infolge des Ausstandes sind von den 1200 Bergarbeitern, welche im Ausstand waren, circa 500 von den Unternehmern auf einige Zeit ausgesperrt worden. Es sind meist Familienväter, welche ihre Forderungen bis zur letzten Stunde aufrecht erhielten und den Kampf nicht eher aufgeben wollten.

bis die Forderungen erfüllt waren. Durch das unschöne Verhalten der Kameraden ist es dann soweit gekommen, daß der Kampf beigelegt werden mußte.

Die Arbeiter von ganz Sachsen und darüber hinaus hatten den kämpfenden Bergarbeitern ihre Sympathien zugewendet, sie haben dieselben moralisch und materiell unterstützt; durch das feige Verhalten der wankelmütigen Bergarbeiter ist aber nun zum größten Teil diese Sympathie verlohren.

Die rüchten an alle Arbeiter die Bitte, doch ihre hilfreiche Hand von den ausgesperrten Bergarbeitern nicht zurückzuziehen. Helft den ausgesperrten Bergarbeitern ihre Lage etwas erleichtern, sie verschulden es nicht, daß der Kampf ausgebrochen werden mußte.

Arbeiter! Was Ihr hier thut, thut Ihr nicht nur für die Aussperrten, sondern Ihr stärkt auch die Organisation der Bergarbeiter, denn schon veruchen die Unternehmer, weil der Kampf verlohren ging, die Bergarbeiter aus der Organisation herauszutreiben. Helft also, die schwache Organisation zu kräftigen, und die Bergarbeiter versprechen Euch, das, was Ihr thut, bei anderen Gelegenheiten wieder zu vergelten.

Im Auftrage der Kommission:

Hermann Waidert, Niederhäslich.

Der Töpsferstreik in Plauen dauert nun bereits zwei Monate. Die Gesellen hatten das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen, die Meister lebten jedoch ab; auch von direkten Verhandlungen mit den Gesellen wollten sie nichts wissen. Streikbrecher sind bisher nicht vorhanden.

Ausland.

Die Lage des Streiks in Kreuzot ist noch dieselbe. Die Verhandlungen des Kräfte mit dem Unternehmer Schneider haben zu keinerlei Ergebnissen geführt. Die Ausständigen wollen, wie wir der „Republique“ entnehmen, einen Zug nach Paris unternehmen. Kinderlose Frauen und erwachsene Mädchen würden mitziehen. Junge Pariser Mediziner hätten ihre Begleitung angeboten, Wagen ständen ebenfalls zur Verfügung, desgleichen Lebensmittel und Tausende von Franken. Der Trupp werde eine Avantgarde voraussenden, welche für Nahrung und Unterkunft Sorge trage, und sodann in einzelne Abteilungen von je hundert Personen unter Führern zerfallen. Die zurückbleibenden Familien würden von den Arbeitern der Minen von Montecatani ernährt. In Paris wollen die Streikenden vor den Ministern demonstrieren und verlangen, daß die Regierung für die Anerkennung der Koalitionsrechte seitens des Unternehmers Schneider Sorge trage.

Ein abscheuliches Sittenbild

aus dem trümmerten Teile Bayerns wurde dieser Tage in einem Prozeß enthüllt, der sich vor dem Schwurgericht in Straubing abspielte. Angeklagt war der vormalige Pfarrer Johann Moosauer aus Pocking wegen Sittlichkeitsverbrechen und Anstiftung zum Meineid, ein Ehepaar aus Pocking ebenfalls wegen Anstiftung und ein 17-jähriges Mädchen Marie Gimpl wegen Meineides. Der 69-jährige Gottesmann hatte während der 25 Jahre, die er in der Gemeinde als Pfarrer wirkte, nicht allein die abscheuliche Unthat getrieben, sondern auch in Dingen, die außerhalb der jetzigen Sphäre liegen, auf seine Gemeinde in abscheulicher Weise eingewirkt. Wir wollen aus der Anklageschrift und dem Verhandlungsbericht, den wir in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ finden, nur einige Stellen zur Probe mitteilen, wobei wir mit Rücksicht auf das Gefühl unserer Leser nur das Gimpflichsche auswählen.

Die Anklageschrift stellt fest, daß Moosauer an der Gimpl Ende des Jahres 1898 während ihrer achtwöchigen Krankheit verheiratete unflüchtige Eingriffe vorgenommen habe, und daß er sie, die hiewegen vor Gericht gezogen wurde, veranlaßt habe, alles zu verschweigen. Die Gimpl habe dem auch auf Verreiben Moosauers und der Neulingischen Eheleute zweimal wissentlich einen Meineid geschworen. Moosauer habe sie im Verhaftungsbereich bearbeitet, habe nachts mit ihr eine heimliche Zusammenkunft gehabt, um sie zu überreden, habe gesagt, sie könne ohne Bedenken alles leugnen, könne schwören wie ein reiner Engel, er nehme alles auf sich.“ Umständlich erzählt sie, was Moosauer angeblich zu Feilwerden mit ihr alles getrieben habe. Von Gewissensbissen verfolgt, habe sie endlich Geständnisse abgelegt.

Der 69 Jahre alte Pfarrer treibt seine sonderbaren Arien schon seit reichlich 25 Jahren. Schon im Jahre 1875 wurde ihm vom Ordinariate die „ärztliche Praxis“ verboten. Er behandelte fast ausschließlich das weibliche Geschlecht, klein und groß, verheiratet und ledig, jung und alt, gesund und krank. An einer Menge von gesunden kräftigen Jungfrauen und Frauen nahm er die aburdesten Untersuchungen vor und fast alle Kranken belästigte er in ekelhafter Weise. Viele verbatnen sich sein Benehmen, wiesen ihm die Thüre, doch niemand getraute sich gegen ihn aufzutreten. Seine schamlosen Handlungen — so sagen die Zeugen — beging er (angeblich stets zu Heilzwecken) selbst an Todkranken, unmittelbar vor oder nach, ja sogar während der Beichte, vor oder nach der heiligen Begehrung, oft kurz vor dem Tode. Das Kergerniß hierüber ist himmelschreiend. In der Beichte malträtierte er das weibliche Geschlecht und vergewaltigte es zu den unflätigsten Auszagen; selbst auf der Kanzel und in der Schule, in der Christenlehre redete er in Ausdrücken, die jeden das Blut in die Wangen treiben mußten. Die Zeugen bestätigen auf Eid hin alle die Angaben der Anklageschrift. Nur die sogenannten „Wundtischen“, d. h. die Mitglieder des Jungfrauenbundes, dessen Vorstand der Pfarrer war, waren in ihren Aussagen sehr zurückhaltend. Sie scheinen es als selbstverständlich gehalten zu haben, daß der Pfarrer sie unahse, freiche, drücke, greife zc. und untersuche, ob sie auch wirklich tauglich wären, in den „Jungfrauen“-Bund aufgenommen zu werden.

Aus den Zeugenaussagen geht hervor, daß der Pfarrer in der Gemeinde gefürchtet gewesen sei. Am meisten hiervon hatte der Bauer Martin Osterholzer auszugehen, der die „Schweimeieren“ endlich vor 18 Monaten zur Anzeige brachte. Kapitalien wurden ihm gelündigt, verachtet war er von vielen. Er ist jetzt nicht mehr in der Pfarrei Pocking. Einem anderen wurde die Vereinsdienststelle beim Kreisvereine abgenommen, weil er einen Belastungszug zu sich in die Wohnung genommen habe. Eine Lehrerin, die mehr als 20 Jahre zur vollen Zufriedenheit in der Schulgemeinde gewirkt, wurde zehn Jahre lang vom Pfarrer, ihrem Lokal-Schulinspektor, in der grimmigsten Weise verstoßt, angezeigt, in Disciplinaruntersuchung gezogen, weil sie ihm nicht behilflich war, zwei Sittlichkeitsverbrecher, die den Pfarrer mit 300 M. bestochen hatten, zu retten. Die Zeugenaussagen eröffnen einen bodenlosen Abgrund von Verworfenheit, Unflätlichkeit, Mißbrauch der heiligsten Gewalt.

Rechtwärtig dabei ist der Einfluß, den er auf das weibliche Geschlecht zu üben wußte. „Hab' ich nur die Weiber,“ sagte er, „dann gehören mir auch die Männer!“ Nur einzelne Lieben den „S.“ baren nicht wieder aus Krankenbetten kommen. Die meisten liehen ihn wiederholt holen oder suchten ihn, falls sie in geeigneten Umständen waren, auf. Angeklagt haben die wenigsten, und diejenigen, welche während seiner mehr als 40-jährigen Priesterzeit untersucht, lürrt, belästigt zc. wurden, ohne daß sie jemals ein Wort hierüber verlaun liehen, dürften jedenfalls Legion sein. Manche Jungen lieh er sich zur „Abolition“ oder „Generalbeichte“ aufs Zimmer kommen. Die meisten kamen, manche nicht; denn es war seit Jahren in Pocking und Umgebung rühbar, und wurde selbst unter Schulkindern erzählt, wie der Pfarrer triebe.

Sonderbare Ansichten hat der „Priester“ und „Seelsorger“ über den Eid. Er stellte den Satz auf: „Wenn jemand einen Meineid schwört, durch welchen einem Dritten sein Schanden zugefügt worden ist, so wäre er ein Rarr, wenn er sich wegen dieses Meineides selbst zur Anzeige bringen würde.“ — Mit energischen Worten geißelte der Vorsitzende solche Moral aus dem Munde eines Gebildeten, eines Priesters.

Zwei dramatische Scenen wickelten sich im Schwurgerichtssaal ab. Die Mutter der Angeklagten Marie Gimpl (selbst eine Unter-

suchte) steht so unter dem Banne des Pfarrers, daß sie die schändlichen Dinge gegen ihre leibliche Tochter auslag, um darzutun, daß man ihr in keiner Weise Glauben schenken dürfe, daß sie also den Pfarrer falsch bezeugt. „Für den Pfarrer verächtlich!“ Leid und Seel!“ anfertete sie. Daß ihre Tochter wegen Meineides angeklagt ist, das betrübt sie nicht sonderlich; daß aber der „unschuldige“ Pfarrer sitzt, da wird ihr das „Herz ganz truda“ (trocken). Sie scheint völlig unter dem Geistesbanne des Pfarrers zu stehen.

Abends wurde nach der Söldner Karlsteller von Pocking vernommen, ein Freund Moosauers. Man war gespannt auf seine Aussagen, da er ausherte, „er hane den Pfarrer heraus“. Eindringlich wurde er über Wichtigkeit und Heiligkeit des Eides belehrt, trotzdem setzte er sich in Widerspruch zu mehreren bezeugten Zeugen, und vor dem Krugzige an den Stufen des Richtertisches fiel er nach der offenbar falschen Aussage bewußtlos zu Boden.

Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des pfäfflichen Scheusals zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, die Mitangeklagten wurden freigesprochen, wohl, weil die Geschworenen angenommen haben, daß sie völlig unter dem Banne des geistlichen Herrn gestanden hätten und sich der Strafbarkeit ihrer Handlungsweise nicht bewußt gewesen seien.

Vielleicht läßt dieses abscheuliche Sittenbild einen etwas ernüchternden Einfluß auf jene staats- und religionsrettenden Eiferer aus, die oft in bewußter Heuchelei Großstadt und Socialdemokratie in Grund und Boden verfluchen und die idyllischen Sittenzustände auf dem Lande durch Zwangsmittel aller Art in ihrer bisherigen Reinheit erhalten wissen wollen. Auch jene frommen Leute, denen es besonders profanabel dünkt, die Socialdemokratie der Verherrlichung des Meineides zu zeihen, mögen sich der erfolgreichen Lehren des Pfarrers Moosauer erinnern.

Versammlungen.

Die Wuter hielten gestern Abend eine gut besuchte Versammlung bei Keller, Koppensstraße, ab. Nach dem Bericht der Lohnkommission den Dähne erriattete, haben bereits 112 Arbeitgeber, darunter 37 Mitglieder des Bundes der Bau-, Maurer- und Zimmermeister, die aufgestellten Forderungen bewilligt. Es arbeiten folgedessen gegenwärtig ca. 1000 Wuter, das sind etwa 1/6 der gesamten Wuter, zu den neuen Bedingungen. Von den 1128 Mann, die sich von Anfang an der Bewegung beteiligt, sind zur Zeit noch 208 ausständig. Es ist Aussicht vorhanden, daß die Zahl der Ausständigen noch im Laufe dieser Woche erheblich reduziert wird. Dieser günstige Verlauf der Bewegung dürfte, wie angeführt wurde, wahrscheinlich auch die Unternehmer veranlassen, einen anderen Standpunkt einzunehmen wie bisher, so daß für die Zukunft stabile Verhältnisse geschaffen werden können.

Von der Kommission, sowie von den übrigen Rednern wurde gewünscht, daß insbesondere die älteren Kollegen möglichst in Arbeit gebracht werden. Lebhast kritisiert wurde, daß die Wuter auf einigen Wauten Nebenverträge, die mit den aufgestellten Bedingungen nicht übereinstimmen, unterschrieben haben.

Einstimmig wurde sodann beschlossen, daß der Streik in der bisherigen Weise weiter geführt werden soll. Neue Arbeitseinstellungen sollen nicht vorgenommen werden, bevor mit der Kommission darüber beraten wurde. Die Beiträge zum Streikfonds betragen von dieser Woche ab pro Tag 25 Pf. Außerdem wurde beschlossen, daß die Filialen aufgehoben werden und die Bankrolle und alle übrigen Geschäfte nur noch vom Centralbureau Koppensstraße 57 zu erledigen sind. Als händige Kommissionsmitglieder wurden Schulz, Kohl, Richter, Kelpin und Budach gewählt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Laßowit i. Westr., 3. Oktober. (W. T. W.) Der erste der beiden Ballons der internationalen Ballonfahrt, welche heute vormittag vom Tempelhofer Felde bei Berlin aufgestiegen, ist um 2 1/2 Uhr nachmittags nach fünfständiger Fahrt bei Graubenz glatt gelandet. Der Ballon, in dem Dr. Verdon vom Meteorologischen Institut in Berlin und der Direktor des Meteorologischen Instituts für Etzhof-Pöhringen Professor Bergesell sich befanden, erreichte eine Maximalhöhe von 6600 Metern, wobei die Temperatur bis auf 28 Grad Rälte sank.

Frankfurt a. M., 3. Oktober. (W. T. W.) Die „Fest. Ztg.“ meldet aus Konstantinopel: In Siwas (Klein-Asien) wollten die Armenier eine Demonstration vor dem Palais des Gouverneurs veranstalten. Als Truppen die Kundgebung zu verhindern versuchten, trat der Gouverneur hinaus, um einen Zusammenstoß vorzubeugen. Klein er wurde durch eine Kugel verlegt. In dem Konflikt zwischen den Truppen und den Armeniern gab es eine große Anzahl Schwerverwundeter. — Ein Trabe des Sultans ordnet die Teilung Hemens in 4 Verwaltungsbezirke an.

Budapest, 3. Oktober. (W. T. W.) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde der Antrag Kuffitsch bezüglich Erörung der in Arad hingerichteten Generale verhandelt. Auf Antrag des Ministerpräsidenten Szell wurde beschlossen, daß der Präsident des Abgeordnetenhauses damit beauftragt werde, einen Antrag auf das Definitum in Arad niederzulegen.

Paris, 3. Oktober. (W. T. W.) Der Socialdemokrat Viviani ist in Kreuzot eingetroffen. 1200 Arbeiter erwarteten ihn am Bahnhof und begleiteten ihn zur Stadt. Viviani hielt auf einem öffentlichen Plage eine Ansprache, worin er den Arbeitern sagte, er bringe ihnen die Unterstützung des gesamten französischen Proletariats. Seine Worte fanden großen Beifall.

Paris, 3. Oktober. (W. T. W.) Das in der englisch-venezolanischen Grenzstreitfrage eingesezte Schiedsgericht hat heute seinen Schiedsspruch einstimmig zu Gunsten Venezuelas abgegeben.

Paris, 3. Oktober. (W. T. W.) Die Generalräte von Marseille und Constantine haben Adressen an das Cabinet gesandt, worin sie daselbst für die republikanische Politik, die es so energisch vertritt, die gewünschte Unterstützung fordern. Die Regierung möge die Kriegesgerichte abschaffen, sowie den Staat von der Kirche trennen.

Paris, 3. Oktober. (W. T. W.) Der Richter Grosjean zu Versailles, der durch die Enthüllung des in der Komplottaffaire verurteilten Zeugen Verlot kompromittiert ist, hat sich nach Belgien geflüchtet.

Paris, 3. Oktober. (W. T. W.) In den Verhandlungen des Staatsgerichtshofes ist ein Stillstand von einigen Tagen eingetreten. Die Anwälte der angeklagten Royalisten fordern nämlich, man möge ihnen die gesamten Aktenstücke über die bis heute stattgefundene Untersuchung seitens Berenger und der Untersuchungskommission mitteilen. Berenger will auf dieses Gesuch nicht eingehen. Außerdem fordern die Anwälte, man möge ihnen jedenfalls einen Teil der Schriftstücke, welche bei einigen der Angeklagten während der Hausdurchsuchungen beschlagnahmt worden sind, vorlegen.

Haag, 3. Oktober. (W. T. W.) Eine Meuterei ist auf der Insel Borneo in Randangan ausgebrochen. Zwei holländische Beamte wurden getödet. Zahlreiche Aufstörer wurden teils getödet, teils gefangen genommen. Die Ruhe wurde wiederhergestellt.

Belgrad, 3. Oktober. (W. T. W.) Die Meldung von der Verurteilung des Ex-prieesters Varkatarovic zu 15-jährigem Kerker ist falsch. Derselbe ist wegen Mangeln an Beweisen freigesprochen und nur zur Erlegung der Gerichtskosten verurteilt.

Belgrad, 3. Oktober. (W. T. W.) Zum Präsidenten der Stuytschna wurde Restarovic und zum Vizepräsidenten der Gesandte in Paris, Rajovic, ernannt. Der König hat die Ernennungen sofort bestätigt.

New-York, 3. Oktober. (W. T. W.) Aus Keywest werden 24 neue Erkrankungen und ein Todesfall am gelben Fieber gemeldet, aus New-Orleans zwei Erkrankungen.

Die „Harmlosen“ vor Gericht.

Zweiter Tag.

Landgerichtsrat Denso eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Von den telegraphisch berufenen Zeugen sind zum Teil Nachrichten eingegangen, in welchen das Fernbleiben durch Krankheit entschuldigt wird. — Vom Oberstaatsanwalt Dr. Jfenbiel und von der Verteidigung wird die Ladung noch mehrerer Zeugen von Berlin und von außerhalb angefordert.

Der Sachverständige Herrmann beklagt sich darüber, daß er gestern „Taschenspieler“ genannt worden sei. Er sei „Hauerkünster“ oder „Prezidentiateur“. — Es wird sodann die Verhandlung fortgesetzt.

Noch einmal Herr von Kayser.

Vors.: Angeklagter von Kayser, wer hat dem Klub den Namen gegeben? — Angell.: Um einen Klub handelte es sich eigentlich gar nicht und deshalb hat er auch keinen Namen getragen. In den Verhandlungen hat Herr von Jedly einmal aus Scherz den Namen der „Harmlosen“ gebraucht. Die Anwendung dieses Namens auf den Klub ist eine Verleumdung des „Berliner Tageblatt“. — Vors.: Herr v. Jedly hat einmal einen kleinen Vers auf Sie gemacht, der immerhin interessant ist. Er lautet: „Ich bin der Herr von Kayser, — Man nennt mich den Verehrer, — Von Frankfurt komm ich öfters her, — Ich habe Schind, wie keiner mehr; — Ich halte jeden Coup, juchhe! — Als Pointeur und als Bankier, — Und wenn die Sach schief mal geht, — Dann wird der Reiz dadurch erhöht, — Nur keine Angst, davon nach Reime, — Ich komm doch wieder auf die Beine!“ — Angell.: Das war ein Scherzvers, den ich selbst zu den Akten eingereicht habe, denn er war zu einer Zeit geschrieben, als ich gerade ganz bedeutende Spielverluste gehabt habe. — Der Angeklagte v. Kayser bestreitet sodann entschieden die Behauptung, daß er „rigoros“ im Spiele gewesen sei. Er habe sich von dem Gros der Mitspieler in keiner Weise unterschieden, weder bezüglich der Promptigkeit seiner eigenen Zahlungen, noch bezüglich der Zahlungsbedingungen, die er im Falle des Gewinnes anderen Mitspielern auferlegte. — In einer längeren Erörterung über die Spielregeln beim Baccarat behauptet v. Kayser, daß dabei durchaus die feststehenden Spielregeln befolgt worden seien. Die gegenteiligen Behauptungen seien nur der orientalistischen Phantasie des Dr. Kornblum entsprungen. Wichtig sei, daß er zu „senken“ pflegte, d. h. nicht zu viel Geld vor sich auf dem Tisch liegen ließ, das ihm aber auch sehr viele andere Spieler und betraute eben auf persönlicher Gewohnheit. Entschieden müßte er bestreiten, daß er und Herr v. Kröcher immer „eng mit Herrn Wolff“ zusammen geessen und mit ihm Wanz gehalten haben. Ebenso wie er haben auch zahlreiche andere Mitglieder in ganz gleicher Weise mit Herrn Wolff zusammen gespielt. Schon die Thatsache, daß sie oft auch nur gegen Wolff spielten, beweise doch, daß sie nicht mit demselben gemeinschaftliche Sache gemacht haben können. Denn Leute, die unter einer Dede stehen, werden sich doch nicht gegenseitig das Geld abnehmen. — Vors.: Ja, es wird nun aber behauptet, daß Sie das nur gethan haben, um den anderen Mut zu machen. — Angell.: Das ist natürlich grundfalsch. — Der Angeklagte v. Kayser macht ferner mit großem Nachdruck darauf aufmerksam, daß er in den Artikeln des „Berl. Tageblattes“ nicht ein einziges Mal genannt worden sei. Gegen ihn habe thatsächlich nicht das geringste vorgelegen und er begreife absolut nicht, wie es möglich war, ihn in Haft zu nehmen. — Rechtsanwält Dr. Schachtel: Ueber der Verhaftung des Herrn v. Kayser liegt in der That ein sonderbares Dunkel, denn alle in Betracht kommenden Stellen haben sich eigentlich gegen die Verhaftung erklärt und doch ist diese erfolgt. Er werde später durch Herrn v. Mantuffel befähigt lassen, daß auch dieser durchaus die Ansicht vertreten habe, gegen Herrn v. Kayser liege nichts vor, was eine Verhaftung rechtfertigen könnte. — In sehr ausführlicher, nachdrücklicher und teilweise erregter Ausführung legt Angeklagter v. Kayser dar, wie und mit wem er gespielt habe und betont immer wieder, daß es nach all den thatsächlich vorhandenen Umständen gänzlich ausgeschlossen sei, daß er ein gewerbemäßiger Glücksspieler oder gar ein Falschspieler sei. Diese Unterstellung sei geradezu unerhört, sie sei wieder eine Erfindung des Herrn Kornblum, der darauf anging, durch die Artikel des „Berl. Tagebl.“ ihn und seine Mitangeklagten zu vernichten. Es sei eine entsetzliche Unwahrheit, daß er mit Falschspielern eine unaufrichtige Verbindung unterhalten haben könne, niemand, der ihn kenne, habe irgend einen solchen Verdacht gegen ihn zu schäubern. Er wisse überhaupt gar nicht, was er zu solcher Verleumdung sagen solle, denn es lasse sich doch nicht von der Hand weisen, daß er eine lange Liste von Personen vorlegen könne, an die er förmlich große Summen verloren habe. Auch das ganze Verhalten des Herrn v. Mantuffel kurz vor seiner Verhaftung habe ihm keinen Zweifel darüber gelassen, daß er nicht eine solche böse Meinung von ihm hatte. Er könne sich heute noch gar nicht vorstellen, wie seine Verhaftung schließlich zu stande gekommen ist. Er behaupte mit aller Entschiedenheit, daß Herr v. Mantuffel von Herrn Dr. Kornblum und Herrn Wors plannäßig gekünstelt worden sei.

thatsächlich habe keine der im Vorverfahren befragten Personen eine derartige schändliche Verleumdung gegen ihn ausgesprochen. Charakteristisch sei doch auch folgendes. Als der erste Artikel im „Tageblatt“ erschienen sei, habe Dr. Leipziger im „Kleinen Journal“ auf ihre Witten eine kleine Notiz aufgenommen, in welchem die Persönlichkeit des Dr. Kornblum gekennzeichnet worden. Darauf habe Herr v. Mantuffel Herrn Dr. Leipziger eine Karte zugesandt und ihn bewegen wollen, gegen den kleinen Doktor nicht vorgehen zu wollen, da dies ein „hochachtbarer“ Herr sei. Wenn Herr v. Mantuffel dem Meierleutnant v. Kröcher nicht glaubte, dagegen Herrn Kornblum vollen Glauben schenkte, so sei das doch etwas eigenartig und zeige, daß v. Mantuffel wohl ohne Zweifel seine Pflicht erfüllen zu müssen glaubte, sich aber vom Dr. Kornblum gründlich habe täuschen lassen. — Vors.: Nun lassen wir Herrn Dr. Kornblum beiseite, er ist nicht hier. — Justizrat Dr. Sello: Wir haben aber ein großes Interesse an der Persönlichkeit des Dr. Kornblum. — Vors.: Wenn nun aber andere Zeugen auch noch kommen, die dasselbe behaupten, wie Dr. Kornblum? — Angell. v. Kayser erregt dazwischen rufend: Das wird und kann kein einziger Zeuge! — Justizrat Dr. Sello: Uns ist es sehr wichtig, das Milieu der Gegnerschaft der Angeklagten sofort zu kennzeichnen und vor allem Herrn Kornblum, der durch seine Entfernung ins Ausland sich schon selbst gekennzeichnet hat. Der Angeklagte v. Kayser verteidigt sich noch weiter gegen den Vorwurf des Falschspiels. Er erzählt, daß er eines Abends aus den Amorsälen mit einem Lieutenant v. Schulz und dem Lieutenant v. Schrader nach seiner Wohnung gefahren ist und dort gespielt hat. Zuerst habe er Glück gehabt, Schulz sei ihm 1800 M. schuldig gewesen, nachdem er an ihn schon sein bares Geld in Höhe von 1400 M. verloren hatte. Als aber das Spiel zu Ende war, hatte Herr v. Schulz nicht nur seinen Verlust wieder eingebracht, sondern noch weitere 1800 M. von ihm gewonnen, die er auch in barem Gelde bezahlt bekommen habe. Wenn er Manipulationen unläuterer Art hätte ausführen können, so hätte er doch nicht verloren und bezahlt.

Spielgebräuche im Klub.

Rechtsanwalt Pinch: Sehr wichtig sei es doch, daß auch in diesem Klub, wie in allen solchen Klubs, die gebrauchten Karten sofort den Kellnern überlassen wurden. Das würde doch unmöglich gewesen sein, wenn die Karten irgend welche Kennzeichen gehabt hätten. — Vors.: Das Falschspielen kann auch auf andere Weise geschehen, als mit Hilfe erlebbarer Karten, beispielsweise durch Zeigengeben von Person zu Person. — Rechtsanwält Pinch: Das war doch unmöglich, da es sich um gewiegte Spieler handelte, die gegenseitig auf einander achteten. — Vors.: Darum wurde ja der Name „Klub der Harmlosen“ genannt, weil die Mitspieler so harmlos waren, solche Zeichen nicht zu werfen. — Rechtsanwält Dr. Schachtel: Aber Herr Präsident, die bekanntesten Jeu-Blatten, die wir in Berlin haben, wie Herr v. Neumann, Graf Königsmark etc., sollen so etwas nicht gemerkt haben? Das wäre doch zu viel Harmlosigkeit! — Justizrat Dr. Sello: Wenn der Gerichtshof auch der durch den Vorliegenden behaupteten Ansicht ist, so wird die Verteidigung in der bedauerlichen Lage sein, die Verhandlung weit auszuweichen, denn sie wird beantragen müssen, sämtliche Herren, die mit den Angeklagten im Laufe der letzten Jahre gespielt haben, als Zeugen vor Gericht zu laden.

Die Verhaftung von Kayser.

Angell. v. Kayser hebt noch folgendes hervor: Als er eines Abends nach Hause gekommen war, habe er zwei Karten des Herrn v. Mantuffel vorgefunden. Er habe diesen dann in seiner Wohnung aufgesucht und von ihm den bedeutungsvollen Hinweis bekommen, daß er von ihm in Haft genommen werden solle. Die sofortige Verhaftung sei aber doch unterblieben, man sei vielmehr gemeinschaftlich zu dem Untersuchungsrichter Gerve gegangen, habe diesen in seiner Wohnung aber nicht angetroffen und sei deshalb nach dem Kriminalgerichtsgebäude gegangen, wo man den Untersuchungsrichter aber auch nicht traf. Herr v. Mantuffel erklärte dann, daß es ihm überlassen sei, die Verhaftung so vorzunehmen, wie er es für angemessen erachtete und seien sie beide zum Souper in die Gagebräusche Weinstube gegangen und er sei dann ruhig nach Hause gegangen, habe dort unbedacht die Nacht zugebracht und die Verhaftung sei erst am nächsten Morgen erfolgt. Er habe also ganz genau gewußt, daß er verhaftet werden würde und wenn er ein schlechtes Gewissen gehabt hätte, würde er sehr leicht sein Geld haben zusammengetragen und ins Ausland eilen können.

Angell. v. Kröcher tritt den Ausführungen v. Kayser bei. Auch ihm sei durchaus bekannt gewesen, daß seine Verhaftung bevorstand und es wäre doch seltsam, wenn er dann nicht die Gelegenheit wahrgenommen hätte, dahin zu gehen, wohin sein angeblicher „Complice“ Wolff schon gegangen war. v. Kröcher beklagt sich lebhaft über das Verhalten des Herrn v. Mantuffel ihm gegenüber. Derselbe habe schlechte Ausprägungen über die Angeklagten in der Presse nicht verhindert, was doch seine Pflicht als Beamter gewesen wäre, er habe, wie vielsie die Beweisaufnahme ergeben werde, bei der Vernehmung von Zeugen sich etwas fraglich gestellt; er habe ihm und den anderen wiederholt Fragen zu stellen gesucht und einen gegen den anderen angefeuert.

Das Fest der Solidarität des französischen Proletariats trug einen internationalen Charakter nicht nur wegen der Bestimmung der Veranstalter. Zwei Vertreter der auswärtigen socialistischen Parteien sind der an alle socialistischen Parteien ergangenen Einladung der Glashütte gefolgt. Genosse Furnémont, der belgische Abgeordnete, und Genosse Cipriani für Italien.

Nach der Begrüßungssprache des Glasarbeiters Genossen Accouturier, des Mitgliedes des Verwaltungsrates, eines der hingebendsten und thätigsten Kämpfer in Carmaux und Albi, ging es an die Beschäftigung der Glashütte. Das Innere des Banes ist noch aus dem Rohen nicht heraus. Man mußte ja vorerst für das Notwendige sorgen. Die Ausgestaltung des werdenden, des gewordenen proletarischen Solidaritätswerkes wird nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Doch für weitere Einzelheiten der Festlichkeit, die von 10 Uhr morgens bis mitternacht dauerte, fehlt der Raum. Genug, kein Mißton störte die Feier, denn die kommunale Polizei durfte, durch ein paar Schutzeleute vertreten, nur den Anordnungen der Festordner mit dem socialistisch-radikalen Bürgermeister an der Spitze williges Gehör leisten.

Der Glanzpunkt des Festes war die nach dem Festessen, das im Hofe der Glashütte stattfand, die veranstaltete Massenversammlung unter freiem Himmel, gleichfalls im geräumigen Hofe der Glashütte, die unter dem Vorsitz des Genossen Gervault-Richard tagte. An die 4000 Personen haben den Ansprachen der französischen und auswärtigen Gäste fast andächtig gelauscht.

Es sprachen die Delegierten Dr. Flaissières, Bürgermeister von Marseille, Cipriani, Hamelt, Delegierter des Pariser Verwaltungsrates der Glashütte, Dr. Bach im Namen der französischen Arbeiterpartei (auch Genosse Jules Guesde wäre gekommen, wenn er nicht durch die gleichzeitige Enthüllung des Denkmals von Jean Dornoy in Rouillon zurückgehalten wäre), Abg. Ferroul-Narbonne von der französischen Arbeiterpartei, Abg. Prettou im Namen der Blanquisten, Abg. Renaux im Namen der Alleanisten, Dalle, Vertreter der Breussisten, Abg. Contant von der „kommunistischen Allianz“, die mit den Blanquisten zusammengest. Reuffe, der Leiter des starken Schneiderverbandes, Reeton, Vertreter der in der „Genossenschaftsbörse“ vereinigten socialistischen Genossenschaften u. a. m.

Zum Schluß sprach Jaurès, wie immer mit enthusiastischem Beifall begrüßt. Er wolle keineswegs die Bedeutung der proletarischen Glashütte übertreiben, sie sei nur ein teilweiser und lokaler

Kröcher bei Mantuffel.

Auf Befragen des Dr. Schachtel erklärt Angell. v. Kröcher, daß er, um die Sache von vornherein aufzuklären, Herrn v. Mantuffel als alten Kameraden und Mitglied eines Ehrenrates aufgejudet habe. Herr v. Mantuffel habe aber die Gelegenheit benützt, um ihn auszufragen. — Rechtsanwält Dr. Schachtel: Haben Sie Herrn v. Mantuffel als Kriminalkommissar oder als Ehrenrat aufgejudet? Angell. v. Kröcher: In der Hauptfache als Ehrenrat freilich auch, weil er als Kriminalkommissar in Spieler-Angelegenheiten bewandert war. Ich habe noch hinzuzufügen, daß Herr v. Mantuffel in mir den Eindruck erwecken wollte, daß Herr v. Kayser über mich schlecht gesprochen habe. Ich durchschaute aber Herrn v. Mantuffel, da ich keine Ursache hatte, Herrn v. Kayser zu misstrauen. — Angell. v. Kayser: Genau dasselbe Spiel hat Herr v. Mantuffel mir gegenüber getrieben, er hat sich aber nicht nur damit begnügt, Bekante von mir anzuschwärzen, sondern er hat auch hochgestellte preussische Generale verächtigt. — Oberstaatsanwalt Jfenbiel: Herr v. Kröcher, warum haben Sie sich nicht an den Vorstehenden Ihres Ehrenrates gewandt? — Angell.: Man geht nicht gern gleich zu einem alten Oberst, sondern wendet sich lieber an einen jüngeren Kameraden.

Es wird nunmehr der erste Artikel des „Berliner Tageblatt“ verlesen.

Oberstaatsanwalt Dr. Jfenbiel bittet, dem Angeklagten v. Kröcher Gelegenheit zu geben, sich über den Inhalt des Artikels zu äußern. v. Kröcher sowohl wie v. Kayser behaupten, daß der Artikel viele Unwahrheiten enthalte. Es habe niemand der Spielenden je 120 000 M. in einer Nacht verloren, es sei nicht höher gespielt worden wie üblich. Der Angeklagte v. Kayser tritt namentlich der Behauptung entgegen, daß ein Herr v. Galy eine kolossale Summe verloren habe. Dieser Herr sei vielmehr mit einem angebliehen Marquis de Challancourt, der aber thatsächlich ein Marquis aus dem Orte Challancourt gewesen sei, nach Ostende gereist, wo beide dem Freiherrn v. Neumann eine Summe von 40 000 M. abgenommen hätten. Der Herr v. Galy habe eine eigentümliche Art gehabt, die Karten mit einem Kniff zu verfechten.

Der Sachverständige v. Mantuffel.

Die Verteidiger kommen wieder darauf zurück, daß die Staatsanwaltschaft für geeigneterer Sachverständige hätte sorgen müssen. Der Erste Staatsanwalt erwidert, daß die Anklagebehörde nach dieser Richtung hin ihre volle Pflicht gethan habe. Man habe sich an den Vorstand des Unionklubs gewendet, aber den Bescheid erhalten, daß man mit einem Sachverständigen nicht aufwarten könne, da im Unionklub überhaupt nicht gespielt werde. Da habe man sich denn auf den Kriminalkommissar v. Mantuffel, einem auf dem Gebiete des Glücksspiels besonders erfahrenen Beamten, berufen. — Rechtsanwält Dr. Schachtel wendet ein, daß Herr v. Mantuffel schon von dem Bescheid nicht als Sachverständiger wurde jüngerem können, weil derselbe als Kriminalkommissar in der Sache thätig gewesen sei. — Rechtsanwält Pinch macht den Vorschlag, die Vorstehenden des Clubs, Dr. Hartogensis und Graf Hahn-Weidow als Sachverständige über das Wesen des Baccarats zu vernehmen.

Der Angeklagte v. Kayser sucht durch längere Ausführungen zu beweisen, daß Herr v. Mantuffel von vornherein von falschen Voraussetzungen ausgegangen sei. Dieser Herr möge ein vorzüglicher Kriminalist für Bauernfänger, Buchmacher und Wädergesellen sein, aber in den Kreisen, in denen er, der Angeklagte, verkehrt habe, sei Herr v. Mantuffel nicht heimlich. Der Angeklagte habe in den vier Jahren, in denen er spielte, mit allen möglichen Personen, vom Prinzen v. Wales bis herunter zum Dr. Kornblum gespielt, aber solche Personen, wie sie Herr v. Mantuffel im Auge habe, seien nicht in dieser Gesellschaft gewesen. v. Kayser setzt weiter auseinander, daß das angebliche Gutachten des Herrn v. Mantuffel über die Spielweisen geradezu saunen-erregend sei, dies erkläre sich daraus, daß der Mann, der der spiritus rector der Voruntersuchung gewesen, vielleicht über die Spielweise, die in Buchmacher-, Bauernfänger- oder Wädergesellenkreisen üblich seien, verriert ist, nicht aber über die Wancen, denen man in vornehmen Spielkreisen huldigt. Herr v. Mantuffel verweise von diesen Dingen herzlich wenig und es sei sonderbar, daß er die Rolle eines Sachverständigen spielen könne. — Vors.: In einem anderen ähnlichen Prozeß, der vor wenigen Tagen hier stattgefunden, ist Herr v. Mantuffel gleichfalls als Sachverständiger vernommen worden, weil er eben in diesen Dingen sehr versiert ist. — Rechtsanwält Dr. Schachtel: Gerade in jenem Prozeß ist Herr v. Mantuffel als Sachverständiger abgelehnt und auf andere Sachverständige zurückgegriffen worden. Wenn übrigens die Sachverständigen aus den Kreislagen nicht kommen sollten, würde er den Vorschlag machen, einen anderen Sachverständigen zu vernehmen, vielleicht einen rechtsverständigen Kollegen, der hier und da einmal ein Jeu macht. (Heiterkeit). — Der Gerichtshof beschließt, Herrn v. Hahn-Weidow und Herrn Dr. Hartogensis als Sachverständige vorzuladen.

Darauf wird

Verfuch, dessen Wert vor allem darin liegt, daß er den handgreiflichen Beweis für den Geist der Ausdauer des französischen Proletariats liefert, also für die Mündigkeit desselben. Dieser und ähnliche Versuche, wie alle anderen socialistischen Teilarbeiten könnten aber nicht die letzte „Gesamtanstrahlung“ ergeben. In seiner dichterischen Sprache verlag Jaurès sodann die Arbeit des zielbewußten Proletariats mit der des Ozeans, der unablässig und unmerklich an den Ufern nagt, andererseits aber auch in rasendem Sturm die Ufer mit seinen brausenden Wogen bedeckt. Der Sturm — das ist die sociale Revolution, die die kapitalistische Gesellschaft verschlingen wird. Er schloß mit einer prächtigen Anrufung des über den Häuptern der Versammelten sich wölbenden grenzenlosen Himmels, des rings herum sich ins Unendliche ausdehnenden abendlichen Horizonts — als eines Bildes des keine Landesgrenzen kennenden internationalen Socialismus. . .

Es wird die Zeit kommen, wo das internationale Proletariat auch für die Gesellschaft einen einzigen Himmel schaffen wird, eine einzige, einig Menschheit und einzige Gerechtigkeit.

Der Massenversammlung des Nachmittags reichte sich würdig an die Abendfeier im Stadttheater, die vom Gemeinderat veranstaltet wurde und unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Andrien stattfand. Dem Gesang einheimischer Artisten und dem Vortrag von zwei auf die Glashütte gedichteten Oden (eine derselben ist ein gedanken- und schwingvolles Werk des Genossen Clauzel, die andere ist vom Volksdichter Maurice Deuchor verfaßt) folgte eine große Rede von Jaurès.

Schon die früheren Reden und Ansprachen waren durchgittert vom Gedanken an die Aerial-militaristische Gefahr, an den Aufbruch der militaristischen Barbarei. In der Abendrede von Jaurès bildete dieser Gedanke den Mittelpunkt. Das Schicksal der Civilisation ist an den Triumph des Socialismus gebunden — diesem Grundgedanken entslodte der mächtige Redner, der eine feiner beilen Stunden durchlebte, die vernichtendsten Vorlesungen gegen den Kapitalismus überhaupt und die reaktionäre, verfallene und militaristische Bourgeoisie Frankreichs im besonderen. Die elektrifizierte Juhdrerschaft mußte fast jedem Satz in endlosen Weifall ausbrechen. Die Rede lang, wie alle Reden von Jaurès in der letzten Zeit, in dem Schladtruf aus: „Abjaffung der Militarismus, Wiederherstellung der Ehre Frankreichs!“

Albi, 26. September.

B. K.

Ein socialistischer Festtag in Albi.

(Schluß.)

Der Festtag, von einer immer dichteren, durchaus sympathischen Menge begleitet, bewegt sich weiter. Noch eine Viertelstunde und man erblickt das Ziel des Weges: die zwei mächtigen Schornsteine der Glashütte, der alte und der neue, ragen hoch in den Lüften empor. Der alte Schornstein schlängelt eine fröhliche, von der Sonne durchleuchtete Rauchsäule hervor, die sich im blauen südlichen Himmel scharf abhebt, desto scharfer, als rings herum die grüne, baumbefüllte Ebene von Albi keinen anderen Schornsteinraum empor sendet. Nur hant am bläulichen Horizont, auf den die weite Ebene unruhigenden Hügeln sind ein paar weit von einander entfernte rauhgedeckte Schornsteine von Kohlengruben-Betrieben zu unterscheiden. Wir sind am Ziele. Unter den abwechselnden Klängen der „Internationalen“ und der „Carmagnole“ tritt der Festtag in den weiten Hof der Glashütte ein, unter dem zierlichen, von Laub und Blumen umwundenen Thorbogen, der aus den eisernen Lettern: „Verrorio Ouvrière“ (Arbeiter-Glashütte) gebildet ist. Oberhalb des Bogens prangt auf rotem Grunde die goldene Inschrift: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ — unterhalb derselben die aus Laub geschnittenen zwei Initiallettern: „R. S.“ (Republique Sociale), welche sinnbildlich die offiziellen Initiallettern: „R. F.“ (République Française) ersetzen.

Dem Eingangsthor gegenüber, am anderen Ende des Hofes, erhebt sich der stattliche Bau der Glashütte, hinter den zwei freistehenden Schornsteine, die mit den Hochöfen durch eine unterirdische Röhre verbunden sind. Im mittleren Teil des Hofes rechts stehen einige offene und gedeckete Eisenbahnwagen, die teils mit verpackten Flaschen beladen sind. Die Glashütte liegt nämlich hart an der Eisenbahnlinie Albi-Carmaux, mit der sie durch einen eigenen Schienenweg verbunden ist.

Jedemal, wenn Kessiguer mit der Eisenbahn reist, muß er an der trostigen Festung des Proletariats vorbei, die über seine lapidarisches Zwingburg gesiegt hat. . .

Der Festtag hat den aus Laub- und Blumenpalästen gebildeten, von mehreren ebenbürtigen Triumpfwagen überspannten Mittelgang des Hofes passiert. Er macht Halt am Fuße der hohen festlich geschmückten Weiterröhre, die sich an den Schornstein von 1896 anseht.

Bücherrevisor Reuter

Über die Konten vernommen, die v. Kröcher bei der Deutschen Bank hat. Die Konten schließen mit einem Saldo von 3540 M. Der Sachverständige giebt ferner Auskunft über die Abrechnungen, die der Unionklub bezüglich des Rennpferdes „Hagelschlag“ dem Angeklagten v. Kröcher gehabt hat, sowie über die Abrechnungen der Deutschen Bank mit Herrn v. Kröcher und Herrn v. Kröcher über die Gelder des „Harmlosen“-Klubs, die zumeist aus den Erträgen der „Finke“ bestanden.

(Mittagspause.)

Auf der Jagd nach einem Sachverständigen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärt Oberstaatsanwalt Jienbiel, daß, nachdem der vorgeschlagene Sachverständige v. Arnim das Erscheinen abgelehnt hat, auch die telephonisch angestellten Versuche, Herrn v. Hahn und den Baron Hartogenius als Sachverständige über Spiel-Manöver zur Stelle zu schaffen, vergeblich gewesen sind. Er gebe der Verteidigung anheim, einen Sachverständigen zu benennen. — Von den Verteidigern wird dagegen nochmals darauf hingewiesen, daß es in diesem Falle ein nobilit officium wäre, daß die Staatsanwaltschaft sich die Mühe gäbe, aus der von der Verteidigung überreichten Vorschlagsliste von etwa zwölf Personen einen geeigneten Sachverständigen auszuwählen. Die Angeklagten können den Kriminalkommissar v. Mantuffel unter keinen Umständen als Sachverständigen annehmen; dieser sei als Polizeibeamter in der Sache thätig gewesen, er sei der Sachverständige des Staatsanwalts und er sei nach Ansicht der Angeklagten auch nicht fähig, über Dinge, die er weder berührt, noch sonst näher kennen zu lernen Gelegenheit hatte, ein Gutachten abzugeben. — Oberstaatsanwalt Jienbiel: Es sei das gute Recht der Verteidigung, Herrn v. Mantuffel abzulehnen, sie müsse dann aber doch einen andern Sachverständigen ihrerseits benennen. Die Anklage habe einen solchen nicht weiter nötig, da sie der Ansicht sei, daß fast jeder der Zeugen Sachverständiger sei. — Angeklagter v. Kröcher: Er lege in erster Linie das größte Gewicht auf das Gutachten einiger aktiver Offiziere. Da es aber doch nicht gut angänglich sei, diese Herren hier als Gutachter in einem Spielprozesse vorzuführen, so würde es wertvoll für ihn sein, wenn der Vicenaut der Reserve Graf Reventlow als Sachverständiger vorgeladen würde. — Der Gerichtshof beschließt die Vorladung. Herr von Mantuffel soll in Gegenwart des Grafen Reventlow morgen vernommen werden.

Als Zeuge wird dann Kaufmann Klein Schmidt vernommen. Es ist derselbe, bei dessen Holzlagerverschickung Herr v. Kröcher mit etwa 100 000 M. beteiligt war. Er hatte bereits 80 000 M. eingezahlt, die Verbindung ist aber schließlich nicht zu stande gekommen, weil Herr v. Kröcher durch Einflüsterungen Dritter veranlaßt worden sei, zu seinem eigenen Schaden den Vertrag zu lösen. Der Zeuge bekundet, daß der Vertrag ein durchaus ernst gemeinter und Herr v. Kröcher auch sehr eifrig bestrebt war, durch den Eintritt in das Geschäft sich einen ersten Lebensberuf zu schaffen. Die Chancen des Jahresdienstes für Herrn v. Kröcher würden sich auf etwa 48 000 M. stellen. — Rechtsanwalt Dr. Schwibbe: Herr v. Kröcher hat nachher sehr bedauert, daß er den ungünstigen Einflüsterungen Gehör geschenkt habe.

Renngewinne.

Zeuge Michael, Vicenaut des Unionklubs hat aus den Büchern festgestellt, daß die Pferde „Hagelschlag“, „Ise“ und „Vooromannung“, an denen Herr v. Kröcher als Besitzer beziehungsweise Vertreter des Besitzers interessiert war, im Jahre 1897 12 151 Mark gewonnen haben. Darauf hat er 5729 Mark bar erhoben. „Hagelschlag“ hat allein etwa 9000 Mark gewonnen. Die Lufosten für alle drei Pferde betragen 5078 M. — Angell v. Kröcher hebt hervor, daß die Lufosten in erster Linie auf die beiden Pferde entfielen, die ihm nicht gehörten. Wie viel er durch die Pferde mit Wetten auf „Hagelschlag“ oder durch Rennpreise verdient habe, könne er nicht genau sagen; er sei ein leichtfertiger Mensch gewesen und habe das, was er auf den Rennplätzen eingeholt, abends sehr schnell wieder im Spiel in den Wind geschlagen. — Aus der Vernehmung des Trainers Vid, der den „Hagelschlag“ gefahren und für v. Kröcher trainiert hatte, wird festgestellt, daß Herr v. Kröcher aus den Reinen der drei Pferde etwa 17 000 M. zugeflossen sein mögen, darunter etwa 9000 M. aus Wetten und 8000 M. als Rennpreise.

Der Kammerdiener.

Zeuge Adolf Maier ist seiner Zeit der Kammerdiener des Angeklagten v. Kröcher gewesen, und zwar vom 16. Oktober 1898 bis 13. Januar 1899. Herr v. K. bewohnte damals ein Zimmer im Centralhotel. Er sei dann mit Herrn v. K. nach Wiesbaden gereist und beschäftigt, daß in dem Koffer desselben zwei gewöhnliche Spiele Karten sich befunden haben. Unwahr sei es, daß auch ein Roulettablet darin gewesen sei. Seine entgegengesetzte Aussage bei seiner früheren Vernehmung müsse entschieden auf einem Irrtum des Protokollanten beruhen. Er habe auch die Reise nach Monte Carlo mitgemacht. Er wisse auch, daß v. K. nach seiner Rückkehr nach Berlin das Verhältnis mit Fräulein Ruffinger gehabt habe. Er habe mit dieser in der Friedrich-Wilhelmstraße 6 eine aus 7 bis 8 Zimmern bestehende Wohnung gehabt, die nicht übermäßig äppig ausgestattet gewesen sei. Er wisse nichts von den kostbaren Bekleidungen, die v. K. dem Fräulein Ruffinger gemacht haben soll. Er habe gefunden, daß Herr v. K. mit Fräulein Ruffinger sehr einfach lebte. Bestenfalls haben seine früheren Herren viel größere Summen für ihre Damen ausgegeben. (Weiterkeit.)

Warum ist der Klubdiener abgereist?

Der Zeuge, welcher verneint, Herrn Wolff gekannt zu haben, wird auch darüber befragt, ob ihm bekannt sei, unter welchen Umständen und aus welchem Grunde der Klubdiener Montagli ebenso schnell aus Berlin verschwunden sei, wie Wolff. Der Zeuge weiß nur, daß Montagli Reisegeld erhalten habe, um in seine Heimat zu reisen. — Angell v. Kröcher sieht dies wie folgt anzuführen: Montagli war nach dem Erscheinen des ersten Artikels brotlos geworden und wandte sich an die Vorstandsmitglieder mit der Frage, was nun nach dem Ausfliegen des Klubs mit ihm werden sollte. Er habe die Auskunft gehabt, Maitre eines der ersten Hotels in Genua zu werden und habe ein ziemlich hohes Wohnlohn beantragt. Bewilligt seien ihm schließlich 650 M., wovon 550 M. für von ihm gemachte Auslagen entfielen und 80 bis 100 M. eine Abfindung darstellten. Montagli sei danach mehrere Tage in Berlin gewesen und dann nicht verschwunden, sondern ganz langsam von Berlin nach seinem neuen Vernehmungsort Genua abgereist. Wie würde denn ein Rechner, der da weiß, daß die Herren — wie die Anklage fälschlich behauptet — 100 000 M. im Spiele gewonnen haben, sich mit 90 M. begnügen!

Oberstaatsanwalt: Warum sind denn die Quittungen des Montagli vernichtet worden? — Angell v. Schlichtmeyer: Er habe sie nach Auflösung des Klubs mit vielen anderen Rechnungen verbrannt. — Angell v. Kröcher: Es sei falsch, daß Herr Montagli schon am 19. Dezember abgereist sei und es sei ebenso falsch, daß er dem Montagli Geld zur Flucht gegeben habe. Montagli habe sich eben aus Berlin entfernt, das habe Herr Korblum doch auch getan. Auf seine Veranlassung und mit Unterstützung seiner Mutter habe seiner Zeit Herr Dr. Schachtel eine Reise nach Genua unternommen, er habe da Montagli angetroffen, eine eidesstattliche Versicherung des Montagli erhalten und es sei unbeeinträchtigt, daß Montagli nicht als Zeuge vernommen sei. — Dr. Schachtel bestätigt diese Mitteilung. Er habe seiner Zeit den Untersuchungsrichter benachrichtigt, daß Montagli nicht verschwunden, sondern in Genua anzufinden und bereit sei, Zeugnis abzulegen. Der Untersuchungsrichter habe hiervon aber keinerlei Gebrauch gemacht. Unter diesen Umständen würde es eine Verletzung der Prozessualen Gepllogenheiten sein, wenn der Staatsanwalt nicht auf alles, was den Montagli betrifft, ganz und gar Verzicht leisten wollte. — Der Gerichtshof behält sich einen Beschluß über die Ladung Montagli vor.

Oberstaatsanwalt: Wie viel Gehalt hatte der Zeuge Maier bei Herrn v. K.? — Zeuge Maier: 125 M. monatlich und 90 M. für Verpflegung. — Oberstaatsanwalt: Auf Grund welcher Zeugnisse ist der Zeuge durch den Angeklagten v. Kröcher engagiert worden? — Zeuge: Ich war zuletzt bei dem Markgrafen Alford Palawicini in Wien Kammerdiener und bin vordem mit verschiedenen vornehmen Herren auf Reisen gewesen. — Präsi.: Nach einer früheren Aussage des Zeugen vor dem Kriminalkommissar v. Mantuffel soll ihm Montagli gesagt haben: er habe den Wolff schon längere Zeit als Kammerdiener und bedauere, daß die Herren mit solchem Namen spielen. — Zeuge: Einen so charakteristischen Ausdruck Montagli nicht gebraucht, er habe sich nur abfällig über Wolff geäußert.

Oberstaatsanwalt: Hat Herr v. Kröcher nicht besonderen Aufwand in Bezug auf seine Kleidung getrieben? — Zeuge: Das habe ich nicht gefunden. — Oberstaatsanwalt: Nach den vorliegenden Rechnungen hat Herr v. Kröcher in den beiden Jahren 1897/98 4000 M. für Garderobe ausgegeben, das macht pro Jahr 2000 M. — v. Kröcher: Damit ist doch nicht gesagt, daß diese Ausgaben nun jedes Jahr wiederholen würden. Man muß doch bedenken, daß ich mich nach dem Austritt aus dem aktiven Dienste neu für das Civil equipieren mußte. — Präsi.: Macht der betr. Schneider etwa auch Damenkleider und sind da vielleicht Kleider für die Frau mit bei? — Angell: Nicht ein Pfennig! — Dem Zeugen Maier wird dann noch die Aussage vorgelassen, die er früher vor dem Kommissar v. Mantuffel gemacht hat. Er behauptet mit Entschiedenheit, daß eingeleitet, was in dem betreffenden Protokoll steht, nicht in dieser Art oder überhaupt nicht von ihm gesagt worden sei.

Zu Hause bei v. Schachtmeyer.

Herr Stegried Schay bekundet, daß der Angell v. Schachtmeyer sich mit einem Kapital von 18 000 M. an seinem Fuhrgeschäft beteiligt habe.

Ein anderer Zeuge bestätigt die Behauptung des Angeklagten v. Schachtmeyer, daß dieser mit besonders großem Glanz an der Börse spekuliert und große Einnahmen daraus gehabt habe.

Die Zeugin Marie Ulrich ist seit 1895 die Geliebte und Hausgenossin des Angeklagten v. Schachtmeyer gewesen, die mit ihm die Wohnung teile und mit ihm wirtschaftete. Sie hat 150 M. Wirtschafsgeld erhalten. Das bei ihnen thätige Dienstmädchen habe sie nicht für ganz geistesklar gehalten; es habe beispielsweise beim Stiefelputzen immer gelacht. Herr v. Kröcher und Herr v. Schachtmeyer seien einmal zusammen bei v. Schachtmeyer gewesen und haben dort Roulette gespielt. Herr v. Kröcher sei öfter mit v. Sch. zusammen gewesen. Wichtig sei es, daß v. Sch. öfter mit ihr in hoherleganter Equipage ausgefahren sei, das erkläre sich aber, daß ihm eine solche aus seinem Fuhrgeschäft zur Verfügung stand. Die Zeugin kennt auch Herrn Wolff, weiß aber nicht, wer mit diesem besonders verkehrte, namentlich weiß sie nicht, ob der Prinz von Thurn und Taxis mit diesem eng verkehrt und Arm und Arm mit ihm gegangen sei. — Oberstaatsanwalt: Die Zeugin hat früher gesagt, daß Herr v. Kröcher häufig bei Herrn v. Schachtmeyer war. Haben Sie da gehört, daß die Herren über Spielangelegenheiten konferierten? — Zeugin: Darüber kann ich nichts sagen.

Präsi.: Auf Grund eines eingegangenen anonymen Schreibens frage ich die Angeklagten v. Kröcher und v. Schachtmeyer: Kennen Sie eine Valerie Sch. oder eine Dörthe E., oder haben Sie bei der zurückgelassenen Gattin des ollen ehelichen Seemann hannoverschen Adenens verkehrt? — Beide Angeklagte bestritten entschieden alle diese Andeutungen des anonymen Schreibens. Justizrät Sellö hält eine Vorladung der Frau Seemann und des Herrn Fischer für notwendig, wenn auf solch anonymes Geschreibsel überhaupt etwas gegeben werden sollte.

Dienstmädchen Meyer.

Die nächste Zeugin ist das Dienstmädchen Anna Meyer, über deren Geisteszustand Bedenken obwalten. Sie hat seiner Zeit bei dem Angeklagten v. Schachtmeyer beziehungsweise dem Fräulein Ulrich gedient. Sie behauptet, sie habe eines Tages gehört, daß v. Schachtmeyer das Fräulein Ulrich schlug und da habe sie sich fürchtbar erschrocken und sei davon gelaufen. Sie will die Angeklagten v. Kröcher und v. Kröcher öfter bei v. Schachtmeyer gesehen und bemerkt haben, daß sie Roulette spielten. Auch ein älterer Herr (die Anklage behauptet Herr Wolff) sei öfter bei v. Schachtmeyer gewesen. Die Zeugin begleitet ihre Aussagen wiederholt mit einem eigentümlichen Lachen. Der Staatsanwalt verzichtet auf eine Vernehmung der Zeugin, da er Bedenken bezüglich ihres Geisteszustandes hat. Der Gerichtshof beschließt, die Zeugin nicht zu vernommen, da sie sich über die Tragweite ihrer Aussage nicht klar sein dürfte.

Die Sitzung wird hierauf um 4 1/2 Uhr geschlossen und soll Mittwoch 9 Uhr fortgesetzt werden.

Kommunales.

Der Ausschuss zur Beratung der Magistratsvorlage, betreffend eine den städtischen Angestellten vom 1. April 1900 ab zu gewährende Alterszulage, die nach 10 Jahren 15 M. und nach 15 Jahren 20 M. monatlich betragen sollte, hat gestern Abend unter Vorsitz des Stadtv. Mischelet getagt.

Bezüglich der von dem Stadtv. Singer angeregten Frage, die Angestellten als Beamte anzuerkennen, beschloß der Ausschuss, der Angelegenheit im Augenblick keine Folge zu geben, dagegen den Magistrat zu eruchen, der Stadtvordirekten v. Versammlung nach dem Inkrafttreten des Kommunalabgaben-Gesetzes — 1. April 1900 — eine Vorlage zwecks definitiver Regelung dieser Frage zugehen zu lassen.

In Bezug auf die vom Magistrat vorgeschlagenen Alterszulage beschloß der Ausschuss dem Antrage Singer entsprechend an Stelle der Magistratsvorlage bereits nach 5 Jahren 10 M., nach 10 Jahren 15 M. und nach 15 Jahren 20 M. monatlich zu gewähren. Diese Erhöhung soll auf Antrag des Stadtv. Dr. Gerstenberg schon vom 1. Oktober d. J. eintreten.

Außerordentliche Sitzung des Magistrats vom Dienstag. Auf sein Ersuchen ist dem Comenius-Verein vom Magistratskollegium auch für dieses Jahr eine Beihilfe von 400 M. gewährt worden. Die gleiche Summe von 400 M. wurde dem Verein der Wohnerischen Kleinkinder-Bewahranstalt gewährt. — In einem an den Magistrat gerichteten Gesuche wird die Bitte ausgesprochen, die gegenwärtig bestehenden Heu- und Strohmärkte auf dem Gartensplatz und am Ostbahnhof aufzuheben. Das Magistratskollegium hat beschlossen, bevor es über das Gesuch eine endgültige Entscheidung trifft, zunächst ein Gutachten der Rektoren der Kaufmannschaft über die Notwendigkeit des Bestehens der bezüglichen Märkte einzuholen. Im gleichen Sinn soll eine Anfrage an das königliche Polizeipräsidium in dieser Angelegenheit gerichtet werden. — Zur Verbesserung der Desinfektionsmethoden hat das Magistratskollegium beschlossen, das Formaldehyd neben der Dampf-Desinfektion in Anwendung zu bringen und hierzu eine Mehrausgabe von 5500 Mark für das Material und 1650 Mark für die Apparate in den nächsten Etat einzusetzen.

Lokales.

Von den Harmlosen

weiß man jetzt wenigstens, warum sie sich diesen poetischen Namen beigelegt haben, oder beigelegt haben sollen. Der Präsident machte nämlich am gestrigen Verhandlungstag in Monats die humoristische Bemerkung, die angeklagten jungen Herren hätten ihre Zengenschaft wohl „Klub der Harmlosen“ genannt, weil die Mitglieder des Klubs so harmlos gewesen seien, die angewandten Tricks nicht zu sehen. Ob man jedoch den Leuten, die auf der Anklagebank stehen, irgendwelche Anklage wird nachweisen können, steht noch sehr dahin. Auch am Schluß des zweiten Ver-

handlungstages sieht die Sache für die Angeklagten sehr günstig aus. Man hat ihnen bis jetzt noch nicht einen einzigen Widerspruch nachweisen können. Und es läge ja auch, wie das kleine Hofjournal so schön nachgewiesen hat, nur im Interesse der Reputation der Staats- und Gesellschaftsordnung, wenn die angeklagten Edelsten und Besten freigesprochen würden. Aus wie feinen Gesellschaftskreisen man sich die Angeklagten diesmal geholt hat, geht daraus hervor, daß der eine von ihnen, Herr von Kröcher, noch zwei Tage vor seiner Verhaftung den kleinen Hofball mitgemacht hat.

Auch sonst kam wieder allerlei recht Charakteristisches zur Sprache. So wurde, um den Aufwand des Herrn v. Kröcher festzustellen, mitgeteilt, daß dieser junge Mann in einem Zeitraum von 1/2 Jahren für etwa 4000 M. Garderobe gebraucht habe. Und das schönste war, daß ein alter in vieler Herren Diensten erfahrener Kammerdiener vor Gericht diesen Garderobenverbrauch als keineswegs besonders hoch bezeichnete. Die „blauen Lappen“, wie die Hundertmarkstücke bei den Harmlosen genannt wurden, müssen den Herren also recht lose geessen haben. Mancher Mann, der sein Leben lang ehlich gearbeitet, hat noch nie einen solchen blauen Lappen in Händen gehabt, wie sie von den jungen Bräusern, die sich noch keinen Thaler ehrlich erarbeitet konnten, patetisch verjezt und verjodelt wurden.

Zu sein besonders günstiges Licht wurde von den Angeklagten der untersuchungsführende Kriminalkommissar v. Mantuffel gestellt, der die Angeklagten wechselweise zu ungünstigen Aussagen über die Kameraden habe verleiten wollen, indem er jedem vor- spiegelte, der andere habe Ungünstiges über ihn ausgesagt. Er hätte, wie die Angeklagten meinen, lieber dafür sorgen sollen, daß Wolff und Dr. Korblum nicht ins Ausland entwichen.

Etwas dramatisch wurde die Sache am Dienstag, als die Geliebte eines der Angeklagten, des Herrn v. Schachtmeyer, über ihre gegenseitigen Verhältnisse vernommen wurde. Die ängstlich gellende Jungfrau erzählte von der gemeinschaftlichen Wohnung und dem Lebensaufwand, der sich in bescheidenen Grenzen gehalten habe. Den stark kompromittierten Wolff habe sie nie in der Wohnung bei sich gesehen. Das hatte sie beschworen. Dann aber kam ihr früheres Dienstmädchen und sagte, der Wolff sei oft dagewesen. Die Situation wurde kritisch. Aber das Mädchen machte den Eindruck einer Schwachsinningen, und alles atmte auf, als der Gerichtshof beschloß, sie nicht zu vernommen.

Gegen Schluß der Verhandlungen kam es zu ziemlich unangenehmen Zusammenstößen der Verteidiger mit dem Oberstaatsanwalt. Namentlich der Rechtsanwalt Dr. Schachtel nahm sich sehr temperamentvoll seines Klienten von Kröcher an und sprach bereits von einer Freisprechung desselben unter Ablehnung der weiteren Beweisaufnahme. Aber so leicht will es doch der eben von Breslau nach Berlin gekommene neue Oberstaatsanwalt Jienbiel den Herren nicht machen. Ist es doch sein erster großer Prozeß, den er hier führt, und er vertritt mit einer gewissen feierlichen Ruhe den Standpunkt der Anklage.

Am Mittwoch sollen der Herr v. Mantuffel und der Vicenaut Graf Reventlow über die Getränke in den kleineren Spielereisen vernommen werden. Danach würde dann zu beurteilen sein, ob es bei den Harmlosen fair zugegangen ist.

Die Erhöhung der Kohlenpreise wird jetzt von den Arbeiterfranten mit Angst und Schrecken wahrgenommen. Das selbe gerade noch zu der gegenwärtigen Lebensmittelpreiserhöhung, die zu dem jammervollen Einkommen der meisten Arbeiter in gar keinem Verhältnis steht. Seit einigen Tagen ist bei den Kohlenhändlern die abnorme Preissteigerung eingetreten. Die Händler geben als Ursache an, daß wegen des großen Bedarfs der Industrie nicht genügend Kohlen für den Privatbedarf zu Tage gefördert werden könnten. Das ist ein sehr schlechter Trost für die Arbeiterfrauen und nun heißt es sich noch länglicher einrichten als bisher schon. Ob dies überhaupt möglich ist, danach fragen die Interessenten der kapitalistischen Weltverteilung nicht. Ganz teilnahmslos stehen die Herren allerdings auch nicht da. Auch ihnen ist die Not der Arbeiter unangenehm und daher finden sie nach Gebühre auf Abhilfe. Sie kalkulieren so, daß es vor allem erforderlich sei, die Merkmale der Verschlechterung in der Lebenshaltung nicht äußerlich hervortreten zu lassen. Die Merkmale geben sich kund in Ausständen und anderen unerfreulichen Erscheinungen. Diese fatalitäten gebietet der wahre Patriotismus mit allen erforderlichen Nachmitteln zu verbitten und daher schreibt das staatsverhaltende Unternehmertum heute lauter denn je nach dem — Zuchtansage.

Der Streit um die kommunale Politik der Sammlung

wird in der bürgerlichen Presse weiter ausgefochten. Die „Vollst. Zeitung“, die das Abkommen für die Stadtvordirektenwahl aufgedeckt hat, höhnt weiter über den „Kommunal-Dreibund“ und fragt in einer Polemik gegen Herrn Eugen Richter und seine Getreuen: „Haben nicht mehr als 20 freisinnige Vereine der alten Faktion der Vinken ihre Enttäuschung ausgesprochen über ihre schuld- und lehrerfeindliche Haltung bei der Verberedungsfrage? Haben nicht zahlreiche freisinnige Vereine ihre begründete Unzufriedenheit mit der alten Faktion der Vinken laut werden lassen wegen ihrer Begünstigung großkapitalistischer Monopolbestrebungen bei der Beratung der Elektrizitätsvorlage? Und nun, wo es an die Rettung der Mandate geht, nun soll alles eitel Lust und Freude, Bönne und Seligkeit sein? Nun, wo es darauf ankommt, ein bißchen aufzuräumen zwischen den verächtlichsten Trägern eines unsocialen Liberalismus, der den Ausschluß an neue Ideen verpöht hat und den Liberalismus bei jeder Gelegenheit zum Vorteil der Socialdemokratie kompromittiert, nun soll es heißen: quiesca non movere? O, werdet nicht den Schlaf! Und mit diesem allgemeinen Frieden- und Schlimmerwünsch will man die Wähler einlassen selbst zu Gunsten der konservativen Elemente der Versammlung? Wahrlich, wenn sich die freisinnige Wählerchaft Berlin das bieten und gefallen ließe, dann verdient sie den ipsothetischen Hohn, über den die Antifemiten, Konservern und Nationalliberalen des Landes, einerseits und die Socialdemokraten andererseits verfallen.“

Ja, wenn Spott und Hohn der liberalen Versumpfung noch etwas anhaben könnten!

Die Auflösung der Krankenkasse der Drechler-Zinnung ist in der letzten Generalversammlung dieser Innung beschlossen worden. Für ihre Aufrechterhaltung sprachen sich außer dem Neubauten nur noch einige Meister aus. Laut Statut muß die Auflösung der Kasse von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder beschlossen werden. Anwesend waren 24 stimmberechtigte Mitglieder, 168 machten also die zwei Drittel aus. Für die Auflösung stimmten aber nicht weniger als 214 Mitglieder. Zur endgültigen Auflösung fehlt nun nur noch die behördliche Bestätigung, die wohl kaum ausbleiben kann, wo eine so große Mehrheit der Mitglieder über die Zweckdienlichkeit und Schädlichkeit besonderer Innungs-Krankenkassen ihr Urteil abgegeben hat.

Beim hiesigen Gewerbegericht finden vom 5. bis 12. Oktober 14 neue Sitzungen statt, da in diesen Tagen der Umzug des Gerichts nach dem Markthallengebäude in der Zimmerstraße vollzogen wird. Auch werden in dieser Zeit keine Klagen aufgenommen, jedoch sind bis zur Vermeidung des Umzuges die Herren Gewerbeichter v. Schulz oder Bureauvorsteher Nielsch in dringenden Angelegenheiten täglich im bisherigen Gerichtsgebäude (Rönnisches Rathaus, Breitenstraße) zu sprechen. Solche Angelegenheiten, die keinen Aufschiebungsvertrag, sollen thumlichst auch in der „Nichtigkeit“ erledigt werden.

Die beiden Luftballons, mit denen die Berliner wissenschaftlichen Vereine sich an den von Vorkis, Strahburg, Wänden, Wien, Berlin und Petersburg aus geplanten internationalen Erforschungen der höheren Luftschichten beteiligt haben, sind gestern vormittag vom

Tempelhofer Felde aus aufgestiegen. Die eine dieser Fahrten erfolgte auf Kosten und Veranlassung des Hgl. Meteorologischen Instituts, die andere auf Kosten der Deutschen Gesellschaft zur Förderung der Luftschifffahrt, die zugleich für beide Fahrten ihre großen, 1280 Kubikmeter fassenden Ballons zur Verfügung gestellt hatte. Mit der Leistung der ersten Fahrt war vom Meteorologischen Institut Dr. Verdon betraut worden, ihm schloß sich der Direktor des Meteorologischen Landesdienstes für Elsaß-Lothringen Prof. Herzog an. Ein heftiger Wind aus SW zu WSW in der Geschwindigkeit von 7-8 Meter in der Sekunde erschwerte etwas die letzten Arbeiten. Kurz nach 9 Uhr war alles zur Auffahrt vorbereitet, die beiden Herren nahmen in der Gondel Platz, und um 9 Uhr 30 Min. 30 Sek. stieg der Ballon langsam und ruhig in südöstlicher Richtung in die Höhe. Nach Schätzung der Fachleute dürfte der Ballon die Richtung nach Osten zu innehalten, es ist nicht ausgeschlossen, daß er russisches Gebiet erreicht. Sofort nach der Abfahrt des ersten Ballons wurde der zweite Ballon herbeigeholt. Dem Führer des Ballons, dem Dr. Siring vom Meteorologischen Observatorium in Potsdam, schlossen sich der Professor Forel in Lausanne, Professor Wöhler in Göttingen und Dr. Thelenius in Straßburg an. Der Wind hatte inzwischen wesentlich nachgelassen, so daß die Vorbereitungen flott von statten gingen und um 9 Uhr 43 Min. auch der zweite Ballon freigegeben werden konnte. Der Aufstieg erfolgte in bester Weise, der Ballon hob sich sofort auf 300 Meter und stieg schnell immer höher, bis er etwa in 1000 Meter Höhe in den Wolken verschwand.

Beförderung von Geldfässern etc. durch die Post. Der „Reichs-Anzeiger“ enthält folgende Bekanntmachung. Unter Aufhebung der Beschränkung, wonach bisher die Mehrzahl der Berliner Postanstalten zur Annahme von Geldbeuteln, Geldfässern und Geldkisten nicht befugt war, sind fortan sämtliche Berliner Postanstalten, bei denen Palettaufnahme stattfindet, ermächtigt, Geldbeutel im Einzelgewichte bis zu 1 Kilogramm zur Beförderung anzunehmen. Schwerere Geldbeutel sowie Geldfässer und Geldkisten können nach wie vor nur beim Hofpostamt und bei den hiesigen Bahnhofs-Postanstalten aufgegeben werden.

Kurpfuscherei. In süddeutschen Blättern wird amtlich vor folgenden Kurpfuschern gewarnt: 1. Specialbehandlung von Kopfs-, Nerven- und Magenleiden durch Gustav Hermann Braun, Breslau, Schwendstraße 37; 2. Elektrische Selbstkuren von Hildebrand, Karlsruhe; 3. Heilung von Hautkrankheiten etc. durch Jürgensen in Herisan, Schweiz; 4. Heilverfahren von Paul Weidhaas in Niederlohn bei Dresden; 5. Gehör-Extrakt von H. Wolter, Bantbeamer a. D. in Charlottenburg; 6. Lebenswässer, Lebensöl, Pellinimenten von Franz Otto in Berlin, Winterfeldstraße 25; 7. Dr. Dresels Nervenflüssigkeit, angepriesen vom „Düriten“ W. Liebert in Lennep und von Emil Reich in Leipzig, Arndtstr. 69. Die Präparate dieser Kurpfuscher werden amtlich als schwindelhaft bezeichnet.

Die Liquidation des verstorbenen Theaters „Alt-Berlin“. Der samstags gegründete Verein „Alt-Berlin“ in der Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896, ist nunmehr als beendet zu betrachten, nachdem der Liquidator den Umwandlungsbescheid für die Gesellschaft genehmigt hat. Der Arbeitsausgang der Ausstellung hat 8000 M. erhalten, so daß er nur noch einen Verlust von 2000 M. zu beklagen hat. Alle übrigen Gläubiger des Unternehmens sind dagegen völlig leer ausgegangen.

Der Güterverkehr in Berlin angeblich so stark, daß er von den Eisenbahnen kaum bewältigt werden kann. Am Montag ist nun, wie der Konfektionär meldet, der Fall zum erstenmal eingetreten, daß die Güter-Abschlagsstellen am dem Anhalt-Dresdener Bahnhof, nachdem die Güterzüge bis um 11 Uhr vormittags überhaupt geschlossen waren, halbwegs von Zugweilen von 7 Uhr früh an die Abnahme ihrer Güter vergeblich gewartet haben, den Expediteuren telephonisch dem Bescheid zugehen ließ, keine Güter mehr zur Bahn zu senden, da eine Abnahme derselben wegen Güterüberfüllung nicht bewirkt werden könnte!

Vom eigenen Gespan überfahren und getödtet wurde gestern mittag ein Kutscher vor dem Hause Anführerendamm 112. Der Unglückliche fiel von seinem mit Steinen beladenen Wagen so unglücklich herab, daß er unter die Räder geriet, welche ihn über den Rücken gingen und die Lebenssäule brachen. Der Schwerverletzte wurde auf die Sanitätsstation gebracht, wo er nach einer halben Stunde verschied.

Feuer in Cassans Park alarmierte die Feuerwehrein vorletzter Nacht. Kurz nach 12 Uhr bemerkten Straßenpassanten, daß Rauch aus mehreren Fenstern aus und schlängelnden Säulen. Im „Gostellungsbaale“ hatte die Spezialität des Feuers gefangen, das schließlich den ganzen Saal füllte. Die Feuerwehren aus der Mauer- und Zimmerstraße besetzten nach halbständiger Arbeit das Feuer auf seinem Herd, so daß die in der angrenzenden Räume befindlichen Figuren vollständig erhalten blieben. Da jedoch der Saal vollständig ausgebrannt ist, müssen die „Spezialitäten“ einwilligen unterbrochen werden. Wodurch der Brand entstanden ist, konnte nicht festgestellt werden, da zur Zeit seiner Entstehung das Panoptikum längst geschlossen und das Personal nicht anwesend war.

Ein größerer Brand auf dem Central-Viehhofe machte gestern früh der Feuerwehrein viel zu schaffen. Auf der Querschneise von Santez u. Comp. waren durch Selbstentzündung in Balken und Säcken enthaltene Tierhaare in Brand geraten, der bald größere Ausdehnung annahm und auf das alte Kesselhaus übergriff, dessen Dach er größtenteils einwärts warf. Die Feuerwehre hatte fast zwei Stunden mit dem Ablöschen und Aufräumen zu thun. Die in Brand geratenen Haare waren von answärts eingeführt, aber jedenfalls nicht vollständig getrocknet, bevor sie zu Balken gepreßt wurden, wodurch dann die Selbstentzündung erfolgte. Es ist dieses übrigens der erste derartige Fall, der auf dem Central-Viehhofe erfolgte.

Der Direktor der Tropicum Sternwarte, Herr Krüger, hielt in letzter Feststunde vor einer zahlreichen Zuhörerschaft einen mit Lichtbildern reich illustrierten astronomischen Vortrag, der sich der ungetriebenen Aufmerksamkeit der Anwesenden erfreute und dadurch von neuem zeigte, wie lebendig in der Arbeiterschaft das Streben nach Wissen ist. Auch der folgende Teil des von der Freireichigen Gemeinde veranstalteten Abends vertief in würdiger Harmonie; vor allem fanden die Vorträge des Gesangschores der Gemeinde wohlverdienten Beifall. Der finanzielle Erfolg des Festes kann hochzufrieden genannt werden, so daß dem Baufonds der Gemeinde eine beträchtliche Summe zugeführt wird. Wie man uns mitteilt, bereitet die Freireichige Gemeinde zum 10. Februar nächsten Jahres eine Giordano Bruno-Fest vor.

Zu der städtischen Taubstummenschule, Marktstr. 49, findet die Aufnahme anfangs Oktober und anfangs April statt. Eltern und Vormünder taubstummer schulfähiger und noch nicht eingeschulter Kinder haben Anmeldungen bei dem Direktor W. W. W. Marktstr. 49, anzubringen. Die städtische Taubstummenschule unterrichtet in 13 Klassen 130 Kinder. Eltern d. J. wurde von den städtischen Behörden eine Vorbildungsliste eingerichtet, in welche auch Kinder aufgenommen werden können, die das fünfte Lebensjahr vollendet haben. Das Wintersemester beginnt die Aufnahme am 12. Oktober d. J.

Im Apollo-Theater ist das Ausstattungsstück „Kau Luna“ immer noch eine geschwächte Jugkraft aus. Daß die Sommeroperette sich weit über die ihr ursprünglich vorgezeichnete Lebensdauer bis in den Herbst hinein hält, mag daran liegen, daß Verfasser und Komponist es verstanden haben, so ziemlich allen Gesammern gerecht zu werden. Wenn an populären, stoffreichen Melodien gelegen ist, der findet in den Schöpfungen des Kapellmeisters Linke ein reiches Ragout. Liebhaber blutiger Kämpfe kommen bei den Herren Vender und Steidl auf die Kosten, und Freunde bunten Fittlerglanzes erhalten in der Ausstattungspracht mehr belächelt, als sie erwartet haben mochten. Aber selbst höheren Anforderungen wird das Stück gerecht; das Lustballett Grigolatis bietet in seinen Bewegungen voller Grazie einen, man kann ohne Uebertreibung sagen, reinen ästhetischen Genuß. Vor dem mannigfachen Glanz der Ausstattungoperette treten die eigentlichen Spezialitäten zurück, obgleich auch unter ihnen recht tüchtige Kräfte vorhanden sind. Erwähnung verdienen die Pantomimen The Blossoms und

die amerikanische Varratruppe, der es gelungen ist, auf dem abgegrasteten Boden zentraler Klänste neue wunderliche Blüten zu entblühen. Vor allem aber mag die spanische Tänzerin Chabita genannt werden, die uns in ihrer Kunst gar seltsame, an Tausend und Eine Nacht erinnernde Märchen vorkauft.

Feuerbericht. In der Nacht zum Dienstag wurde die Feuerwehre mehrfach in Anspruch genommen. Fruchstraße 29 kam in einer Tischlerei ein Brand aus, der die Wehre längere Zeit beschäftigte. Ein Gardinenbrand verursachte einen Alarm nach Rathenowerstraße 56. Außerdem liefen Feuermeldungen ein von Reinholdendorferstraße 7, Denuwischstraße 11, Brandenburgstraße 69 und Lothringerstraße 65. In sämtlichen Fällen handelte es sich jedoch lediglich um geringfügige Brände, die meistens ein Eingreifen der Feuerwehre nicht erforderten.

Aus den Nachbarorten.

In Nizdorf hält der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein am Donnerstag eine Mitgliederversammlung ab, in der Dr. Vorhard referieren wird. Männer als Gäste sind willkommen.

In Reinholdendorf spricht Genosse Arthur Stadthagen Donnerstagabend 8 Uhr im Lokal „Zum Broden“, Scharnweberstraße 120, über das Thema: „Fort mit dem Unrecht, her mit dem Recht“.

In Wilmersdorf ist heute Abend 8 1/2 Uhr Generalversammlung des socialdemokratischen Vereins.

Aus Nizdorf. Die städtischen Laternenwärter haben eine Lohnerhöhung erbeten und beantragt, ihnen auch im Sommer, wo nur ein Teil der Laternen brennt, den gleichen Lohn wie im Winter zu gewähren. Der Antrag wurde vom Gasbureau abgelehnt, dagegen soll eine allgemeine Lohnerhöhung dem Magistrat bei Aufstellung des nächstjährigen Etats zur Veranschlagung empfohlen werden. Um den Laternenwärttern hin und wieder eine freie Nacht gewähren zu können, wird ferner die Aufstellung einiger Hilfswärter beschlossen.

Zu der letzten Sitzung der Prieger Gemeinde-Vertretung machte Gemeindevorsteher Negling die überausende Mitteilung, daß die Englische Gasgesellschaft in Berlin drei Viertel aller Aktien des Prieger Gaswerkes angekauft und so in den Generalversammlungen die Majorität habe. Die Englische Gasgesellschaft hatte sich seiner Zeit gleichfalls um die Konzessionierung eines Gaswerkes in Prieg beworben, war aber von der Gemeinde abgewiesen worden. Durch die Erwerbung des größten Teiles der Aktien hat die Gesellschaft indirekt ihr Ziel doch erreicht. Eine Vorlage, nach welcher die Hundsteuer von 8 auf 12 M. jährlich erhöht werden sollte, wird auf Antrag des Genossen Dorn abgelehnt, dagegen beschlossen, die Hundsteuer nicht mehr in einer, sondern in zwei Raten zu erheben. — Eine längere Debatte rief ein Antrag des Prieger Kapellbauvereins hervor, dahingehend, die Gemeinde möge für die Zwecke des Vereins ein an der Bürgerstraße belegenes Grundstück zum Preise von 11 500 M. erwerben und später für den Kaufpreis an den Verein überlassen, die bis dahin die Zinsen tragen sollte. Genossen Dorn und Jenner protestierten energisch gegen diesen Antrag, da es nicht Sache der Gemeinde sei, religiösen Vereinen zu dienen. Die Mehrheit der Gemeinde-Vertretung beschloß jedoch, dem Antrage des Vereins zu entsprechen und das erforderliche Kapital als Darlehen anzunehmen. Fraglich bleibt es freilich, ob der Kreisauschuss diesen Beschluß genehmigen wird.

Bei einem Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge am Ringbahnhof in Nizdorf wurde Montagmorgen der Wagenführer Schmidt lebensgefährlich verletzt. Die Linie Schönhauser Allee-Nizdorf ist seit dem 1. d. M. bis Prieg verlängert worden, die Anhängewagen verkehren jedoch nur bis zum Ringbahnhof in Nizdorf und bleiben dort bis zur Mitternacht des Accumulatorenwagens stehen. Vorgeitern nachmittags gegen 3 Uhr waren Schmidt und der Schaffner Stark dabei beschäftigt, die Anhängewagen zu lösen, als auf demselben Geleise ein Straßenbahnzug herangekam. Der Führer brach zu spät und so fuhr der Wagen mit großer Gewalt auf den vor ihm stehenden Anhängewagen auf. Stark konnte noch rechtzeitig zur Seite springen, Schmidt geriet jedoch zwischen die beiden Waggon und erlitt eine schwere Quetschung des Brustkastens, so daß er nach dem Prieger Krankenhaus gebracht werden mußte.

Charlottenburg. Für die im November erfolgenden Stadtverordneten-Wahlen werden von allen Parteien die größten Anstrengungen gemacht, um nicht nur ihren alten Bestand zu behaupten, sondern womöglich auch die Mandate der beiden auscheidenden socialdemokratischen Stadtverordneten zu erringen. Allen voran fordert die „Konservative Bürger-Zeitung“ auf, ebenso wie im Jahre 1897 auch jetzt wieder „in selbstloser Weise“ Schulter an Schulter zu stehen gegen die „vaterlandslosen, überall den Unsturz verkündenden Genossen“. Vor zwei Jahren gelang es den Socialdemokraten, in der dritten Wählerklasse die relativ größte Stimmzahl auf sich zu vereinigen; von 6120 abgegebenen Stimmen lauteten 1832 auf socialdemokratische, 1770 auf liberale, 1677 auf konservative und 1129 auf unpolitische Kandidaten. Zu fünf Bezirken kam die Socialdemokratie in die Stichwahl; sie brachte aber keinen einzigen Vertreter durch, da, wie die „Bürger-Zeitung“ völlig zutreffend ausführt, in der Stichwahl auch die freiwähligen Wähler strengster Oberwacht gegen die Socialdemokratie stimmten. Obgleich nun der Charlottenburger Freisinn weit erhaben über dem Verdacht steht, die Socialdemokratie auch nur entfernt begünstigen zu können, predigen doch die Konservativen aus Furcht vor der Opferwilligkeit und der Organisation unserer Genossen schon jetzt wieder die Politik der Sammlung aller staatsverhaltenden Parteien gegen den Unsturz. „Wir wollen hoffen“, so schreibt das konservative Blatt, „daß auch bei den jetzt bevorstehenden Wahlen die Zusammengehörigkeit der staatsverhaltenden Parteien zu Tage treten wird. Es ist nicht zu leugnen, daß die Socialdemokratie bei ihrer in jeder Beziehung ausgebildeten Organisation, ihrer systematischen Agitation, bei ihren unbegrenzten Mitteln und dem willigen Befehl der Leitenden gehorchenden Ueberfluß an fleißigen Arbeitern den anderen Parteien überlegen ist.“

Das Lob, daß das konservative Organ mit diesen Ausführungen der Opferwilligkeit der Socialdemokratie spendet, quittieren wir gern; wenn aber in dem Artikel von einer „ohne jede Strapaz durchgeführten Wahlmache“ unserer Partei die Rede ist, so klingt ein solcher Vorwurf höchst lächerlich, wenn man bedenkt, wie gerade die Konservativen es sind, die die zahlreichen in Charlottenburg wohnenden kleinen Beamten und abhängigen Geschäftleute, die bei der geheimen Reichstagswahl zum allergrößten Teil socialdemokratisch stimmen, durch die unlauteren Mittel zwingen, bei der offenen Kommunalwahl gegen ihre eigene Ueberzeugung zu stimmen. Im übrigen läßt dieser die Wahlen einleitende Artikel der „Bürger-Zeitung“ darauf schließen, daß wir uns auf einen heftigen Wahlkampf gefaßt zu machen haben. Rechnen die bürgerlichen Parteien damit, daß bei der Stichwahl alles geschloffen gegen die Socialdemokratie eintritt, so werden wir ihnen diese Rechnung durchkreuzen und dafür sorgen, daß unserem Kandidaten bereits im ersten Wahlgange der Sieg zufällt.

Auch der Haus- und Grundbesitzerverein von 1895 hat beschlossen, sich energisch an den Kommunalwahlen zu beteiligen und für die Kandidaten der angeblich unpolitischen Fraktion Alt-Charlottenburg einzutreten. Für Wahlzwecke bewilligte der Verein 800 M.

Die Aufstellung der socialdemokratischen Kandidaten erfolgt in der am Donnerstag tagenden Kommunalwähler-Versammlung.

Gerichts-Beilage.

Arzt und Hebamme. Die Instruktion für Hebammen bestimmt im § 9: Die Hebammen sollen den von Schwangeren, Gebärenden oder Entbundenen zu Rate gezogenen Ärzten mit ge-

bührender Rührung begegnen, ihnen in der Ausführung ihrer Vorschriften und Anordnungen behilflich sein und auch dahin streben, daß ihnen von der Kranken und ihrer Umgebung genau Folge geleistet wird. Für die Provinz Hannover ist nun am 21. Januar 1888 eine Polizeiverordnung erlassen worden, die Zuwiderhandlungen der Hebammen gegen die obigen Vorschriften mit Strafe bedroht. Auf Grund dieser Verordnung wurde die Hebamme Penzel zu einer Geldstrafe verurteilt, indem angenommen wurde, daß sie sich in der Behandlung einer Wöchnerin einem Arzte gegenüber ungebührlich betragen habe. Die Frau legte Revision ein und bestritt die Rechtsgültigkeit der Oberpräsidial-Verordnung vom 21. Januar 1888. Für eine Polizeiverordnung, die ein Verhältnis zwischen den Hebammen und den Ärzten schaffe, fehle jede rechtliche Grundlage. Der Oberpräsident habe damit keine polizeilichen Befugnisse überschritten. Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht betonte dagegen, daß die Verordnung des Oberpräsidenten rechtsgültig sei. Ihre Gültigkeit beruhe auf dem § 61 des Polizeiverwaltungs-Gesetzes, wonach zu den Gegenständen polizeilicher Vorschriften auch die Sorge für Leben und Gesundheit des Publikums gehöre. Zweifellos könne es einer Wöchnerin ganz erheblich schaden, wenn Meinungsverschiedenheiten am Wochenbette zwischen der Hebamme und dem Arzte ausgefochten würden. Der Oberpräsident sei deshalb beim Erlass jener Polizeiverordnung im Rahmen seiner Befugnisse geblieben. Der Strafsenat des Kammergerichts wies die Revision zurück und erklärte die Verordnung ebenfalls für rechtsgültig. Der Senat schloß sich vollkommen den Ausführungen des Oberstaatsanwalts an.

Vor dem Schwurgericht in München spielt sich zur Zeit ein Mordprozeß ab, der als Kulturbild ein weiteres Interesse beansprucht. Es handelt sich um die Regener Frau Sauter, eine 44-jährige Person, die während ihres Ehestandes mit diversen Tugenden von Mannesbildern Liebesverhältnisse unterhalten hatte, ohne doch ihr bis dahin der Ehegatte besonders im Wege gewesen wäre. Erst als sie den Schauspieler Seufert ansah, reifte der Entschluß in ihr, ihren Gatten zu beseitigen, damit sie den neuen Geliebten heiraten könne. Sie drang in die Kartenlegerin Therese Gänzbauer, den Schlächtermeister aus dem Wege schaffen zu lassen. Um vor den Zudringlichkeiten der Frau Ruhe zu haben, gab die Wahrsagerin ihr nach längerem Sträuben ein Pulver, das sie als wirksam bezeichnete, wenn es dem Gatten in die Socken gestreut werde. Es war harmlose Enzianwurzel, die natürlich unwirksam war. Nunmehr machte die Sauter der Wahrsagerin wegen des untauglichen Mittels Vorwürfe, bezichtigte noch verschiedene andere Personen, unter denen auch ihre drei Kinder waren, als solche, die nach dem Tode ihres Mannes in ein besseres Jenseits befördert werden sollten, und drang durch Versprechen von Geschenken mit solcher Energie in ihre Beraterin, daß diese, von Angst getrieben, endlich bei der Polizei Anzeige erstattete. Am 14. April d. J. hatten Beamte Gelegenheit, in einem Nebenzimmer zu beobachten, wie die Sauter wegen der Aufklärung ihrer gegen neun Personen gerichteten Mordpläne mit der Gänzbauer unterhandelte. Die Wahrsagerin legte ein Blatt Papier vor mit der Aufforderung, die Reihenfolge und die Namen der zu tödenden Personen darauf zu schreiben. Und wieder ging das, man möchte schon bald glauben, wahnsinnige Weib, darauf ein und beschrieb das Blatt, wie folgt:

Anton, bis Dienstag, geh Du ins Himmelreich !!, Matilde, geh Du ins Himmelreich !!, Theres !!, Franziska, geh Du ins ewige Reich !!, Adam !!, Elisabeth, gehst in das ewige Reich !!, Joseph, Otto, Katharina, 3 Kinder, geh ins Reich !!.

Damit hatte die Angeklagte die Absicht, einen neunfachen Mord zu betreiben, sogar schriftlich bestätigt. Am 18. April wurde die Schlächterfrau unter einem sehr schonenden Vorwande verhaftet. Die Angeklagte gab in der Verhandlung den Ehebruch zu, leugnete aber, daß es ihre Absicht gewesen sei, ihren Mann, geschweige denn andere Menschen zu töten. Ein sachverständiger Arzt schiedert die Angeklagte als eine Person, die infolge von Unterleibsleiden geistig abnormal geworden sei, doch könne man sie nicht als unzurechnungsfähig bezeichnen.

Vermishtes.

Ueber das furchtbare Unglück auf dem Klosterthor-Bahnhofe in Hamburg wird dem „Hamb. Kor.“ berichtet: Ein Kommando von etwa 50 Rekruten, die für das 18. Dragoner-Regiment in Mey bestimmt waren, war mit dem Zuge von Kiel angekommen; davon entfiel die weitaus größte Anzahl dem Zuge, der zum Teil unter dem Tunnel beim Steinthor dicht vor dem Bahnhof hielt. Die Leute sollten sich zu Fuß nach dem Hammerthor Bahnhof begeben und fanden teils auf dem an der Seite des Bahnhofes befindlichen Geleise, als ein Zug mitten in die Leute hineinfuhr. Es entwickelte sich ein entsetzliches Bild, furchtbare Angst drangen aus dem Tunnel hervor. Diejenigen Unglücklichen, die nicht unter die Räder der Wagen des Zuges gerieten, suchten sich dadurch zu retten, daß sie sich dicht an die Tunnelwand setzten, viele von ihnen wurden indes von dem Zuge erfasst und unter die Wagen gerissen. Einer Anzahl der jungen Leute gelang es rechtzeitig, die Position vor dem Tunnel zu erreichen, so daß sie sich in Sicherheit bringen konnten. Sofort nach dem größten Unglück wurden die weitgehendsten Anstalten zur Hilfeleistung getroffen, außer den Mannschaften des ersten Zuges der Feuerwehre eilten mehrere Ärzte, Mitglieder des Rothen Kreuzes sowie ein großes Kommando von Schutzeuten, etwa 50 Mann, zur Stelle. Leider war die weitaus größte Zahl der Leute verletzt, viele konnten nur mit Mühe unter den Wagen herabgezogen werden. Dem einen waren die Beine oder die Arme vom Körper losgetrennt, andere hatten lebensgefährliche Quetschungen erlitten. Zu wenigen Minuten bildet der Tunnel sowie die Umgebung desselben einen großen Verbandsplatz, von dem das entsetzliche Stöhnen der unglücklichen Opfer herdrang. Der ganze Wartesaal vierter Klasse liegt voller Verwundeten, denen die Beine abgefahren oder die Brust eingedrückt worden ist. Auf den Geleisen lagen Sessel, worin Beine steckten. Die Toten und Verwundeten wurden auf Wagen und Tragbahnen ins Lazarett gebracht. — Der amtliche Bericht lautet: „Gestern Abend 9 1/2 Uhr fuhr der Personenzug 1859 auf Bahnhof Klosterthor hierher in einen Trupp Rekruten, welche mit dem Personenzug 555 angekommen und im Aussteigen begriffen waren. Dabei wurden 7 Mann schwer und 23 Mann leicht verwundet. Sämtliche Verwundeten sind sofort von zwei Bahnärzten unter Hilfeleistung der Sanitätskolonne der hiesigen Feuerwehre verbunden und dem allgemeinen Krankenhaus zugeführt worden.“ Die Zahl der Toten verschweigt dieser Bericht.

Nach einer Meldung des „Verl. Tagebl.“ ist die gestrige Mitteilung des „Völkischen Telegraphenbureau“ unrichtig, wonach die Rekruten dem Befehl des Offiziers entgegen aus dem Wagen gestiegen sind. Dem Blatte wird vielmehr berichtet: Als der Zug mit dem Militärtransport auf dem Klosterthor-Bahnhof eingelaufen war, fragte der kommandierende Offizier einen Beamten, ob das Nebengeleise frei bleibe. Die bejahende Antwort veranlaßte den Befehl an die Rekruten, aussteigen und das Gepäck an sich zu nehmen. Raum hatten diese auf freiem Geleise Aufstellung genommen, da fuhr der von Blankese kommende Zug ein. Die Rekruten stürzten nach beiden Seiten und kamen zwischen die Tunnelwand und den einfahrenden Zug. Sie wurden von der Lokomotive seitwärts erfasst und weiter geschleift. 33 Personen sind schwer verletzt.

Noch ein Eisenbahn-Unglück. Wie das „Helmstedter Kreisblatt“ meldet, sind in der Nacht zum Dienstag kurz nach 12 Uhr fünf Wagen des Güterzuges 218 infolge Auffahrens auf einen im Bahnhof Helmstedt haltenden Zug entgleist. Beide Einfahrtsgeleise sind von Wagdeburg ab gesperrt. Die Jäger werden über Schöningen und Eilsleben umgeleitet. Der Materialschaden ist bedeutend, Menschen sind nicht verletzt.

Die Andree'sche Polarboje. Aus Stockholm, 2. Oktober, bringt der Draht über die Untersuchung der Andree'schen Polarboje

Igende Nachricht: Die Untersuchung der Andrejischen Polarboje nahm heute vormittags 10 Uhr ihren Anfang. Kapitän Edeberg, welcher dem Ballonausstieg beigewohnt hatte, erklärte: Der Karabinerhaken schein nicht an dem Hakenauge befestigt gewesen zu sein. Die Boje sei also nicht mittels der Leine herabgelassen worden. Danach schritt man zur Öffnung der Boje. Zuerst wurde das Kupferblech am Rande des unteren Teils der Boje abgejagt, wobei etwas Strandfarn herausfiel. Sodann wurde die Kupferboje mit der daran befestigten Kupfernen Röhre herausgenommen. Das Innere der letzteren enthielt etwas Wasser. Die kupferne Röhre wurde danach unten abgejagt; in ihrem unteren Teile fand sich ein Gummiwürfel, darauf etwas Mehl. Die Innenfläche der Röhre zeigte einen papierähnlichen Ueberzug, welcher bei der mikroskopischen Untersuchung als eine Art Meeralgae festgestellt wurde. Professor Nathorst erklärte, die Boje könne nicht vom Pol bis König Karlsland getrieben sein. Kapitän Edeberg meinte, die Boje sei leer ausgefallen. Professor Montelius sprach sich dahin aus, es sei nicht festgestellt, daß die Boje leer ausgefallen und meinte, daß das Oberteil nicht später abgehraubt sei. Professor Nordenskjöld äußerte seine Ansicht dahin, man müsse im nächsten Jahre eine Untersuchung des König-Karlslandes anstellen.

Ein internationaler Kongress für Physik wird während der Pariser Weltausstellung in Paris tagen; er tritt auf Anregung der Société française de physique in der Zeit vom 6. bis 12. August 1900 zusammen. Voran geht vom 23.-31. Juli der vierte internationale Kongress für angewandte Chemie, für welchen auch in Deutschland unter dem Ehrenpräsidium von Geh. Rat Emil Fischer in Berlin sich ein Organisationskomitee gebildet hat.

Kesselexplosion auf einem Dampfer. Auf dem Dampfer „Nicolaus“, der mit 300 Passagieren an Bord von Schlüsselburg nach Petersburg unterwegs war, fand gestern in der Nähe von Petersburg eine Kesselexplosion statt, bei welcher drei Mann von der Besatzung getötet und einer schwer verwundet wurde. Während der hierdurch verursachten Panik stürzten zwei Männer und eine Frau ins Wasser und ertranken vor den Augen der Passagiere. Die Leichname der Ertrunkenen sind noch nicht gefunden.

Eine Feuerbrunst hat in der Gemeinde Gollschau bei Troppau 89 Häuser eingeäschert. Eine Frau und ein Kind sind in den Flammen umgekommen.

Das russische Barkschiff „Amor“, von Niga nach Cardiff mit Kohlenholzern unterwegs, ist in der Nordsee untergegangen. Drei Mann von der Besatzung wurden durch den Fischdampfer „Bloodhound“ in Gull gefangen; sieben Mann sind ertrunken.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll und die letzte Abkommensunterzeichnung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag abends von 6 bis 8 Uhr statt.

N. N. 10. Nur am 15. zum 1. nicht umgekehrt am 1. zum 15. können Chombraganisten und Schlafente, falls nichts anderes vereinbart ist, kündigen. — **N. N. 2.** Darüber, daß ein Krankenhaus ohne Einwilligung des Verwaltenden oder seiner Angehörigen Sektionen vornehmen dürfe, ist nirgend eine Bestimmung getroffen. Die Krankenanstalten erachten sich aber für hierzu befugt. Ein deshalb vor etwa einem halben Jahre angestellter Strafprozeß eroberte in erster Instanz mit Zurückweisung, in zweiter mit Freisprechung. Dasselbe Resultat würde mangels gleichlicher ausdrücklicher Regelung dieser Frage ein anderer Prozeß haben. — **Miser. Rein.**

N. N. 100. Rein. — **N. N. 999.** In Gese. — **N. N. 1.** Innerhalb drei Monaten nach geschlossener Periode müßte der Antrag gestellt werden. 2. Der Antrag ist an die untere Verwaltungsbehörde (auf dem Lande an den Landrat, hier an den Magistrat (Abteilung für Alters- und Invaliditätsversicherung, Klosterstr. 41) zu richten. — **100 29.** Die Nachrechen, ob Kosten an einen Angeklagten zu zahlen sind, wird in der Regel auf Requisition des Staatsanwalts in Berlin durch die Polizei ange stellt. Der Angeklagte hat das Recht zu erklären, daß er jede Auskunft ablehnt und dergleichen Nachrechen nicht wünscht. — **N. N. 1.** In Magdeburg.

N. N. 10. Chombraganisten und Schlafentente können, wenn nichts anderes vereinbart ist, bis am 15. zum 1. nicht aber am 15. kündigen. — **N. N. 60.** Man nimmt an, daß mangels besonderer Vereinbarung der Betrag zwischen einem Wirt und einem Gast dahin anzulegen ist, daß die verabreichten Getränke und Speisen nur im Lokal zu verzehren, nicht aber mitzunehmen sind. — **N. Frische.** 1. Sie müßten sich zunächst an den Schiedsmann des Bezirkes wenden, in dem der zu Verklagende wohnt. Abdann können Sie nach fruchtlosem Schiedsverfahren die Privatbeilegungsstelle beim Amtsgericht einreichen. Die Klage muß innerhalb 3 Monaten nach der Beilegung bei Gericht eingegangen oder in derselben Zeit Straf Antrag bei der Polizeibehörde oder bei der Staatsanwaltschaft gestellt sein. 2. Rein.

N. N. 100. Rein. — **N. N. 6.** Größter. Sind Ihre notwendigen Ausgaben der Staatskasse auferlegt, so können Sie nach Rechtskraft des Urteils beim Amtsgericht beantragen, daß die Zinsen erwiderten Auslagen, die Sie in dem Antrage detaillieren und unter Beweis stellen müßten, Ihnen erlegt werden. Bis Sie Befriedigung erhalten, können Monate vergehen. — **N. N. 15.** 1. Wer zur Nachtzeit bei Fackellicht oder unter Anwendung schädlicher oder explodierender Stoffe unbesonnen feiert, wird mit Geldstrafe bis zu 600 M. oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft. 2. Legen Sie in Ruhe den Sachverhalt dem Gericht dar. — **N. N. 1.** Die Antwort auf Ihre Fragen hängt davon ab, wo und wann das Kind geboren ist, ob die Mutter zur Zeit der Geburt selbständig war und, falls sie dies nicht war, wo der Wohnsitz ihres Ehemanns war. Wiederholen Sie eventuell Ihre Anfragen unter Berücksichtigung dieser Punkte.

Marktpreise von Berlin am 2. Oktober 1899

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.		Schweinefleisch 1 kg		1,60	1,10	
Weizen	D.-Gr.	15,30	14,00	Rohfleisch	1,20	1,-
Roggen		15,30	14,00	Hammelfleisch	1,50	1,-
Futter-Weizen		13,80	12,60	Butter	2,00	2,-
Hafer gut		15,10	14,40	Eier	60 Stück	4,50
mittel		14,90	13,70	Karren	1 kg	2,20
gering		13,60	13,-	Hefe		2,80
Weizenstroh		4,32	4,-	Bänder		2,00
Gerst.		6,80	4,-	Decke		2,-
Erbsen		40,-	25,-	Harthe		1,80
Speisebohnen		50,-	25,-	Speise		2,80
Linen		70,-	30,-	Mehl		1,40
Kartoffeln, neue		7,-	5,-	Streife	per Schock	12,-
Rindfleisch, Rente 1 kg		1,60	1,20			
do. Band		1,20	1,-			

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern — Reiterungsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppel-Centner.
†) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 3. Oktober 1899. Für Roggen und Weizen wurden anfangs nur eine Mark höhere Preise geordert, die Käufer hielten sich aber sehr reserviert. Bei sehr beschränktem Angebot gaben beide schließlich wieder nach und schlossen nur noch 1/2 Mark über gestern. Osefer lag gut behauptet. Rüböl unverändert.

Am Spiritusmarkt wurden 15 000 Liter 70er loco mit 43,80 (- 0,30) gehandelt. Termine waren fast ohne Umsatz.
Kartoffelwehl loco 21,25 M. Trodene Kartoffelstärke loco 21,25 M. Feinste Kartoffelstärke loco 11,40 M.

Witterungsübersicht vom 3. Oktober 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. M.	Stationen	Barometer hand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. M.
Emmende	750	WSW	5	wollig	12	Dapau	742	S	6	bedeckt	10
Damberg	761	WSW	4	wollig	10	Petersburg	763	WSW	6	bedeckt	14
Berlin	762	WSW	4	bed.	13	Got	745	S	4	bedeckt	11
Wiesbaden	766	WSW	3	bed.	13	Aberdeen	769	S	2	wolkenl.	8
München	769	WSW	4	bed.	11	Paris	769	S	2	wolkenl.	11
Wien	764	WSW	2	bed.	15						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 4. Oktober 1899.
Mild und zeitweise heiter, vorherrschend WNW mit leichten Regenschauern und ziemlich frischen südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

(Verwaltungsstelle Berlin.)

Heute, Mittwoch, 4. Oktober, vormittags 10 Uhr, in „Sansonci“, Kottbuserstraße 4a:

Versammlung

sämtlicher streikenden Metallarbeiter.

Tages-Ordnung:

Der gegenwärtige Stand unserer Bewegung. Achtung, Vertrauensleute! Die heutige Vertrauensmänner-Sitzung für den Westen fällt aus. Die Ortsverwaltung.

Metallarbeiter

Mittwoch, den 4. Oktober, abends 8 Uhr:

7 öffentliche Versammlungen

in folgenden Lokalen:

1. Im Lusenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.
2. In der Urania, Wrangelstraße 9-10.
3. Bei Biekel, Hasenheide 52-53.
4. Bei Nieft, Weberstraße 17.
5. Bei Zimmermann, Badstraße 58.
6. Im Köslner Hof, Köslnerstraße 8.
7. Bei Peters, Alt-Moabit 80-81.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

Der Streik von 2000 Berliner Metallarbeitern um den Neunhunderttag.

Referenten: Carl Massatsch, Alwin Körsten, Wilhelm Pätzel, Hermann Scheffler, A. Cohen, F. Schlegel, Otto Naether.

Die Kollegen aller Branchen, wie Former, Glaser, Drücker, Dreher, Schlosser, Schleifer, Klempner werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Der Vertrauensmann der Metallarbeiter.
Otto Naether, S., Annenstraße 39.

Achtung! Maurer. Achtung!

Donnerstag, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, in Kellers Festlokal, Kopenstr. 29:

Grosse Versammlung der Mitglieder des Verbandes aller zum Streikgebiet Berlins und Umgegend gehörigen Zahlstellen.

Tagesordnung: 1. Soziale und hygienische Winke zur Wohlfahrt der Bauhandwerker. Referent: Dr. Bernstein. 2. Beschäftigung über die Höhe der Beitragsleistung zum Streikfonds. 3. Gewerkschaftliches. Wichtig ist machen wir darauf aufmerksam, daß nach dem Beschlusse vom 1. Oktober ab die Versammlung der tagelichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde eingekürzt ist. Es ist danach bei Beibehaltung der Pausen abends 6 1/2 Uhr Feierabend zu machen. Wir ersuchen die Kollegen, für die frische Durchsührung dieser Bestimmungen Sorge zu tragen.
187/12
Die Verbandsleitung. J. H. P. P. P.

Mittwoch, den 4. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
Öffentliche

Korbmacherversammlung bei Wille, Andrastraße Nr. 26.

Tagesordnung: Die Praxis unserer Submissions-Unternehmer und wie stellen wir uns dazu?
122/9
Der Einberufer.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin, Beuthstraße 2.

Suchen Sie erschienen:
Kein Kompromiss! * *
*** * Kein Wahlbündnis!**
Von Wilhelm Liebknecht.
Preis 10 Pf. Porto 3 Pf.

In der Broschüre legt Liebknecht im Auftrage von Genossen Berlins und Umgebung seinen Standpunkt dar zu den gegenwärtig in der Partei spielenden Streitfragen über Verzicht, Taktik der bayerischen Landtagswahl-Vermählungen, den Eintritt Millerrands ins französische Ministerium usw. — ein Standpunkt, der schon im Titel seinen klaren Ausdruck findet. Um der Broschüre größte Verbreitungsmöglichkeit zu geben, wurde der Preis auf nur 10 Pf. festgelegt.

Achtung! Achtung!
Haus- und Geschäftsdienere, Pader, Paderinnen und Geschäftslutiger aller Branchen!
Donnerstag, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Arminhallen“ (gr. Saal), Kommandantenstr. 20:
Gr. öffentliche Protest-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Forderung der Unternehmer auf Ausdehnung der Geschäftszeit bis 10 Uhr abends am diesjährigen Weihnachts-Feiertag (Sonntag vor dem Feit). Referent Johannes Rein.
2. Disziplin. 3. Gewerkschaftliches.
Kollegen! Angesichts der Begehrtheit der Unternehmer dürfen wir nicht in Nummer Neignation verharren, sondern wir müssen laut und deutlich hiergegen Protest erheben! Erscheint doch in Massen in dieser Versammlung. Bringt auch Eure Frauen mit.
76/18
Albert Uthes, Hauptreferent. 5.
Vertrauensmann der Handels- und Arbeiter Berlins und Umgegend.

Steindrucker und Berufsigen.
(Hilfste Berlin I).
Donnerstag, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Hoffmann (Englischer Garten), Alexanderstr. 27c:
Außerordentl. Generalversammlung

Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Renowahl des ersten Gewerkschaftigen. 3. Renowahl des ersten Schriftführers und eines Beisizers. 4. Berichtlesen.
In dieser Versammlung sind die Mitglieder der Hilfsvereine II und III ebenfalls eingeladen. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Mitgliederbuch legitimiert.
10/18
Die Verwaltung.

Achtung! Bergolder. Achtung!
Sonntag, den 7. Oktober, abends präc. 8 Uhr, im Lokale „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:
Gr. öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen der Hüfner-Kommission mit der Innung. 2. Berichtlesen.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
227/4
Die Kommission.

Achtung! Bergolder. Achtung!
Sonntag, den 7. Oktober, abends präc. 8 Uhr, im Lokale „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:
Gr. öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen der Hüfner-Kommission mit der Innung. 2. Berichtlesen.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
227/4
Die Kommission.

Teilzahlung wöchentl. 1 Mark, Plomben 1,50 Mk.
Lepzigerstr. 130, im Hause des Holphotogr. Schaarwächter.
Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie. Zahnarzt wo, jetzt!
Vollkomm. schmerzlos. Zahnziehen 1 Mark. Sprechst. 9-7 Uhr. [b]

Todes-Anzeige.

Mein Freund und Bekannter Herr mit die traurige Nachricht, daß der Herr
Sto Grundmann
am 30. September verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, 4. Okt. nachmittags 4 Uhr, vom Städtischen Krankenhaus in Moabit aus statt.
30645
Die auerubden Hinterbliebenen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Hr. Sonntag verstarb unter Mit glied der Klempner

Albert Böttcher

am verstarb.
Ihre feinem Andenken!
2. Beerdigung findet heute, Mitt woch nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Krankenhaus am Urban aus nach dem Gr. Auferhof statt.
114/10
Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die große Teilnahme und e herzlichen Blumenpenden t der Beerdigung meines innig liebten Mannes, des Schrift stellers **Oskar Haupt**, sage ich den Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie seinen Kollegen seinen herzlichsten Dank.
Ottillie Haupt,
geb. Ruthe.
0596

Charlottenburg.

Allen Freunden und Parteigenossen zur Kenntnis, daß ich **Schillerstr. 91** ein Grünranganzeig überkommen habe.
G. Wilke, Zähler.

Herzog's Ball-Salon

Holtenauerstr. 67.
Sonntag, den 28. Oktober 1899, u. Sonntag, den 3. März 1900, in mein ca. 400 Personen fassender Saal zusammen zu verlegen.
Gruß Herzog.

Achtung! Vereine!

Englischer Garten
Alexanderstr. 27c.
Renoviert!
2 grosse Parkstühle sind noch einige Sonntag und Sonntage im Oktober und November zu verlegen.
289/02
O. Hoffmann.

Teilzahlung

monatlich 10 M.
Hefert Heptane
Herrongardrobe
n. Maß, Tomporowald, Schneiderstr., Reanderstr. 16, II, an der Annenstr. (Nah bar Kassa billige Preise.) *
287/28

Wer-Stoff-hat

fertige Anzug, 20 M., haltb. Zuth., zwei Anproben, andere Maßarbeit, nur unter Garantie für guten Sitz.
Winterpaletot 18 M., schickster Sammettragen, warmes, weiches Futter.
Engel, Mühlstr. 26.
Kunzgerthe, Paletot und Hosen reise. Sportliche Gelegenheitsstoffe.
25129/1
Engel, Mühlstr. 26, p.

Empfehle allen Freunden und Parteil genossen mein neues Lokal **Bismarckstr. 120** (Berlinerstr. 267/28)
Charlottenburg.
fassend. Jeden Sonntag musikalische Unterhaltung.
H. Wernicke, früher „Bismarckshöhe“.

Sociales.

In dem Bauverein in Köln wird uns geschrieben: Die Kölner Bauhandwerker nahmen in einer überfüllten Versammlung Stellung zu der Katastrophe, die zwölf braven Arbeitern das Leben gekostet hat. Die Ausführungen der sachverständigen Redner stellten schwere Anklagen dar gegen die Gewinnsucht eines gewissenlosen Unternehmertums und gegen das System der Kölnischen Baupolizei.

Zum Schluß sei die Resolution kurz wiedergegeben, die die Kölnischen Bauarbeiter einstimmig annahmen. Es heißt darin: Der Zusammenbruch des Neubaus zeigt wiederum, daß ein Bauarbeitergesetz für das Bauhandwerk eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Sparwirtschaft im öffentlichen Staatsbahnbetriebe. Auf dem Dresdener Bahnhofe Leipzig wurde kürzlich die folgende Sicherheitsverordnung erlassen: Infolge Verfügung der Bahndirektion sind ab 1. Oktober die sämtlichen hiesigen Fahrpläne neu geordnet.

Durch diese Maßnahme werden von dem auf diesem Bahnhofe stationierten Fahrpersonal allein 23 (dreißig) Mann überflüssig! In Dresden-Friedrichstadt wurde folgendes bekannt gemacht: Infolge einer vorläufigen Verfügung des königl. Bahndienstbureaus werden ab 1. Oktober eine Anzahl Bremser übrig und dürfte das 40 bis 50 Mann betreffen.

er sich freiwillig und unter Verzicht der Umzugskosten verlegen lassen würde. Besonders geeignet erscheint es für unverheiratete Bremser. Dresden-Fr., den 24. September 1899.

Nach der auf dem Dresdener Hauptbahnhofe angehängten Verordnung werden von dem Personenzugpersonal 77 Bremser vom Fahrdienst entfernt und zu Wagenführern u. dergl. degradiert.

Eine neue Arbeiterordnung droht demjenigen sofortige Entlassung an, der seine Kollegen „zur Erzwingung höherer Löhne anreizt“.

Versammlungen.

Die Textilarbeiter und Arbeiterinnen beschäftigten sich in einer am Montag abgehaltenen Versammlung mit dem Streik in der Heibisch'schen Teppichfabrik. Es wurde über diesen Punkt referiert, bezeichnete die Situation des Streiks als eine durchaus günstige.

Der Verein der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am Montag, den 23. September, keine regelmäßige Vereinsversammlung ab, in der Fräulein Klimgau über moderne Mädchenerziehung sprach.

aufgenommenen Vortrage folgte eine rege Diskussion. — Die nächste Vereinsversammlung findet am 9. Oktober statt.

Die Korbmacher tagten am 25. September bei Wisse. An den Vortrag von Friy über Konsum und Produktiv-Genossenschaften schloß sich eine lebhafte Diskussion.

Der Verein der Kleber hielt am Dienstag, den 26. d. Mtz., bei Rastor, Zusestr. 10, seine laufende Versammlung ab. Die Paragrafen des Kartells fanden die Zustimmung der Versammlung.

Friedrichsberg. Am Dienstag, den 10. September, tagte in Friedrichsberg eine Versammlung des socialdemokratischen Wahlvereins. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Genossen August Jacoby und forderte die Genossen auf, sich von ihren Vätern zu erheben.

Adlershof. Der Socialdemokratische Arbeiter-Bildungsverein für Adlershof und Umgegend hielt am 21. September eine Generalversammlung im Lokal von Schmauser, Bismarckstraße, ab.

Waldmannslust. Hier tagte am Sonntag, den 24. d. Mtz., nach siebenjähriger Pause eine öffentliche Versammlung. Genosse Kogke hielt einen Vortrag über: „Der Kampf gegen das Unrecht.“

Steglitz. Am Mittwochabend fand in den „Kaiserhallen“ eine von der Gewerkschaftskommission einberufene öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Fuchs über die socialpolitische Gesetzgebung des Deutschen Reiches referierte.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Mittwoch, den 4. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung Alte Jakobstr. 76.

Beim Quartalswechsel empfehlen sich folgende Partei-Expeditionen: Berlin vierter Wahlkreis: Robert Bengels, Fruchtstraße 30, Hof II. — SO.: Arny Ebel, Stollgerstr. 35 u. part. — Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Rubers, Salzweberstraße 8, part. im Laden. — Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 14. — Gesundbrunnen: Wilhelm Gahmann, Weinhalderstr. 65. — Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Karl Ward, Rastaustr. 95/96. — Charlottenburg: Gustav Schenck, Schillerstr. 94, u. 127. — Deutsch-Wilmersdorf: Frau Adler, Sigmaringenstr. 4, und Frau Reinemann, Sigmaringenstr. 35. — Grunow: Engel, Dahmebrücke 8. — Rickdorf: Oermann, Gröbstr. 6. — Schöneberg: Wih. Bäumer, Kipfelstr. 13, Ueberg. Boden. — Johannisthal-Nieder- und Ober-Schönefelder: Otto John, Ober-Schönefelder, Stemenstraße 7, Eigarrengeheiß, Annahmehausen: Nieder-Schönefelder: Karl Weber, Eigarrengeheiß, Johannisthal: Senfleben, Restaurateur. — Adlershof: W. Borbs, Meyerstraße 4. — Cöpenick: Frau Weber, Eigarrenhandlung, Grünauerstr. 1. — Friedenau-Steglitz: S. Bernice, Ringstraße 1, in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: S. Wöhr, Doppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Kometstr. 12. — Baumschulenweg: Godel, Baumstraße 32, u. III. — Gross-Lichterfelde: Abonnement nehmen entgegen: Kreuz, Gansacker 45; Boigt, Dreyer und Mollstrahlen-Edel; Kuehler, Dreyerstraße 41; Pagel, Gausstr. 104; Schlüter, verfr. Wilhelmstr. 33; Richter, Vorkingstraße 34; Frömming, Vorkingstr. 16; Senger, Kurfürststr. 35; Uka, Gausstr. 100; Wenzel, Vorkingstraße 6. — Neuwiesensee: Specierer Heinrich Bachmann, Bedderstraße 1, part. Unt. — Pankow: Rummert, Bismarckstr. 48.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.

Um rechtzeitige und genaue Angabe der neuen Adresse wird dringend gebeten.

Bitte ausscheiden!

Werbung für Holzmarktstr. 38, parterre rechts. Wegen schleuniger Ausräumung eines großen Bestandes mit erhaltener steller couleierter Herren-Hüte verkaufe ich 1/2 Stck zu 60 und 75 Pf. Der Verkauf findet nur von 10 bis 12 Uhr statt.

Möbel und Polsterwaren. Reelle Arbeit. Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. (24372) Frau Tutsauer, Brunnenstraße 152.

Grünau. Sonntag, 8. Oktober: Grünau. Großes Wurst-Essen, G. Lindenhayn.

Elektrotechnik. Neuer Abendkursus der „Elektra“ Donnerstag, den 5. Oktober 1899, abends 8 Uhr.

Das beste und im Gebrauch billigste und bequemste Waschmittel der Welt ist Dr. Thompson's Seifenpulver

Möbel auf Kredit * und ganze Wohnungs-Einrichtungen bei bescheidener Anzahlung und auf Jahre hinaus verteilten Ratenzahlungen.

Mohra mit feinsten Meiereibutter und man wird sich überzeugen, dass die „Mohra“ auf Brot gestrichen genau so wohlschmeckend ist und beim Braten genau so bräunt und duftet, wie die doppelt so teure Molkereibutter.

Möbel auf Teilzahlung. Möbel J. Kellermann, Princesstr. 97, parterre, Eingang vom Flur. Tuch- und Buckskin-Reste. Dr. med. Schaper, homöop. Arzt, Spezialarzt für Haut- u. Harnleiden.

